

ENTWURF

***Sicher leben in
Schleswig-Holstein.***

Programm der CDU Schleswig-Holstein
zur Landtagswahl 2017

Programm der CDU Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2017

- Beschluss des Landesvorstandes vom 1. November 2016 -

Sicher leben in Schleswig-Holstein

Stand: 02. November 2016

Inhalt

KAPITEL 1 SICHER LEBEN	5
<i>Starke Familien, die füreinander Verantwortung übernehmen</i>	5
<i>Qualität in der Pflege – auch Angehörige unterstützen und entlasten</i>	6
<i>Aktive Senioren – gutes Leben, egal in welchem Alter</i>	7
<i>Eigenverantwortung des Menschen stärken – Zusammenhalt der Gesellschaft fördern</i>	7
<i>Moderne Gleichstellungspolitik bedeutet Chancengerechtigkeit für alle</i>	8
<i>Gesellschaftliche Diskriminierung beenden</i>	8
<i>Schleswig-Holstein - ein Land des Miteinanders</i>	9
<i>Selbstbestimmte und eigenverantwortliche Verbraucher</i>	9
<i>Medizinisch gut versorgt – in allen Teilen des Landes</i>	10
<i>Gesundheit auf höchstem Niveau – UKSH fit für die Zukunft machen</i>	11
<i>Wir werden dem UKSH eine finanzielle Perspektive geben!</i>	11
<i>Geburtshilfe langfristig sichern – beste medizinische Versorgung für Mutter und Kind</i>	12
<i>Prävention stärken – Abhängigkeit verhindern</i>	12
<i>Kriminalität frühzeitig verhindern!</i>	13
<i>Alle Formen des Extremismus entschieden bekämpfen!</i>	14
<i>Keinen Rabatt auf unsere Werte- und Rechtsordnung!</i>	15
<i>Bürgernahe Polizei erhalten!</i>	15
<i>Vom Opfer her denken - Klare Grenzen für alle Täter!</i>	16
<i>Land und Kommunen - Gemeinsam für Sicherheit in der Heimatregion!</i>	17
<i>Politischer Rückhalt und Perspektiven für Polizei und Justiz</i>	17
<i>Effiziente Strafverfolgung</i>	19
<i>Moderner Strafvollzug</i>	21
KAPITEL 2 VERLÄSSLICHE BILDUNG	21
<i>Frühkindliche Bildung</i>	22
<i>Mehr Eigenverantwortung für unsere Schulen</i>	23
<i>Qualität und Unterricht stehen im Mittelpunkt</i>	23
<i>Begabungen erkennen und fördern</i>	24
<i>Inklusion</i>	25
<i>Ganztagsschule</i>	26
<i>Grundschule</i>	26
<i>Wir werden Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht länger diskriminieren!</i>	27
<i>Gemeinschaftsschule</i>	27
<i>Gymnasium</i>	28
<i>Berufliche Bildung</i>	28
<i>Schulen in freier Trägerschaft</i>	29
<i>Hochschule</i>	30
<i>Forschung</i>	31
<i>Weiterbildung – Schlüssel für individuellen Erfolg und gesellschaftliches Erfordernis</i>	32
KAPITEL 3 VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN	32
FINANZEN	33
<i>Wir verwenden keine Rechenricks!</i>	33
<i>Wir werden den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren beseitigen!</i>	34
<i>Wir werden mit dem Abbau des Schuldenbergs beginnen!</i>	34

<i>Wir werden den Landeshaushalt auf die kaufmännische Buchführung umstellen!</i>	35
<i>HSH Nordbank mit möglichst wenig Schaden für den Landeshaushalt abwickeln</i>	35
<i>Wir werden ein zentrales Personalmanagement in der Landesverwaltung einführen!</i>	36
<i>Wir werden eine faire Besoldung der Beamtinnen und Beamten gewährleisten!</i>	36
<i>Wir müssen den Öffentlichen Dienst attraktiver gestalten</i>	36
<i>Wir werden die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen neu regeln!</i>	37
<i>Wir werden das illegale Online-Glücksspiel staatlich regulieren!</i>	38
<i>Wir werden Schleswig-Holsteins Spielbanken privatisieren!</i>	38
SCHÖPFUNG BEWAHREN	39
<i>Naturschutz und Schutzgebiete</i>	39
<i>Klimawandel</i>	40
<i>Landwirtschaft von Morgen</i>	40
<i>Tierhaltung, Tierwohl und Tierschutz</i>	42
<i>Biodiversität</i>	42
<i>Jagd</i>	43
<i>Wald und Forstwirtschaft</i>	43
<i>Fischerei</i>	44
KOMMUNEN	45
<i>Wir stellen den kommunalen Finanzausgleich auf eine fundierte Basis</i>	45
<i>Wir werden der kommunalen Ebene die Regionalplanung zurückgeben</i>	46
<i>Wir passen den Landesentwicklungsplan so an, dass der kommunalen Entwicklung Rechnung getragen wird</i>	46
<i>Wir erteilen Großgemeinden eine klare Absage</i>	47
<i>Wir werden neue Formen für ÖPP-Projekte schaffen</i>	47
<i>Bezahlbarer Wohnraum für alle</i>	47
EUROPA	48
<i>Schleswig-Holstein in Europa</i>	48
<i>Schleswig-Holstein, das Land zwischen Nord-und Ostsee</i>	49
<i>Schleswig-Holstein und Dänemark</i>	49
<i>Schleswig-Holstein mit Brückenfunktion im Ostseeraum</i>	49
<i>Flüchtlingspolitik</i>	50
<i>Integration</i>	51
KAPITEL 4 SICHERE ARBEIT	52
<i>Soziale Marktwirtschaft: Garant für Wohlstand</i>	52
<i>Gut und sicher arbeiten in Schleswig-Holstein – für eine moderne Arbeitswelt</i>	52
<i>Wirtschaft 4.0</i>	53
<i>Digitalisierung der Arbeitswelt nutzen</i>	54
<i>Industrie in Schleswig-Holstein</i>	54
<i>Lust auf Unternehmertum: Gründung und Betriebsnachfolge erleichtern</i>	55
<i>Maritime Wirtschaft</i>	55
<i>Mobil in die Zukunft</i>	56
<i>Straßen sind das Rückgrat unseres Wohlstands</i>	57
<i>Leistungsfähige kommunale Straßen</i>	58
<i>Luftverkehrsinfrastruktur</i>	58
<i>Moderner ÖPNV in Stadt und Land</i>	59
<i>Bürokratie zurückdrängen</i>	59
<i>Duale Ausbildung sichert Fachkräfte von morgen</i>	60

<i>Familienbewusstsein in der Arbeitswelt – Individualität und Mobilität stärken</i>	61
<i>Gute Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen</i>	62
<i>Gute Arbeit für gerechten Lohn</i>	62
<i>Wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum</i>	62
<i>Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen ausbauen</i>	63
<i>Energiewende zum Erfolg führen</i>	63
<i>Energiepolitik für die Menschen in unserem Land</i>	64
<i>Energiepolitik ist Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik</i>	64
<i>Sichere und intelligente vernetzte Energieversorgung</i>	65
<i>Netzausbau beschleunigen</i>	66
<i>Lokale Versorgung mit erneuerbaren Energien ermöglichen</i>	66
<i>Transparenter und planbarer Ausbau der erneuerbaren Energien</i>	67
<i>Windenergie</i>	67
<i>Solarenergie</i>	68
<i>Biomasse</i>	68
<i>Saubere Mobilität in der Stadt und auf dem Land</i>	68
<i>Erneuerbare Wärme</i>	69
<i>Erneuerbare Energien berechenbar machen</i>	70
<i>Bildung und Innovation</i>	71
TOURISMUS	71
<i>Rahmenbedingungen verbessern</i>	71
<i>Barrierefreiheit</i>	72
<i>Sommerferienkorridor</i>	72
<i>Tourismusagentur Schleswig-Holstein</i>	72
KAPITEL 5 MITEINANDER LEBEN	72
KULTUR	73
<i>Gedenkkultur, Museen und Archive stärken</i>	73
<i>Theater- und Konzertangebote für das ganze Land</i>	73
<i>Kulturelle Kinder- und Jugendbildung</i>	74
<i>Förderpolitik in der Kultur</i>	75
<i>Kultur zwischen Tradition und Integration</i>	75
<i>Kultur ist ein Wissenschafts- und Wirtschaftsfaktor</i>	76
EHRENAMT	76
<i>Zugänglich, überschaubar, anerkannt: Ehrenamt in Schleswig-Holstein</i>	76
<i>Minderheitenpolitik</i>	77
<i>Sport</i>	78
<i>Kirche</i>	79
<i>Medien</i>	79

1 **Kapitel 1 | Sicher Leben**

2 Die Menschen sollen sich in Schleswig-Holstein sicher fühlen. Sicher Leben heißt für uns, dass
3 man sich auf den Staat verlassen kann, wenn man ihn braucht. Für uns ist der Begriff
4 „Sicherheit“ viel weiter gefasst als die Innere Sicherheit. Wir verstehen darunter alles, was zu
5 diesem Gefühl der Sicherheit beiträgt: Eine Polizei, die vor Ort ist, eine Justiz, die verlässlich
6 und zügig ihre Aufgaben bewältigen kann, eine Gesundheitsversorgung, die alle Menschen im
7 Land erreicht, und Verbraucher, die sich gut informiert fühlen.

8

9 *Starke Familien, die füreinander Verantwortung übernehmen*

10 Das Fundament unserer Gesellschaft ist die Familie. Ein Leben lang in den unterschiedlichen
11 Lebensphasen füreinander da sein zu können, ist für viele Familien alles andere als eine
12 erreichbare Selbstverständlichkeit. Ein Schritt dorthin ist die Vereinbarkeit von Beruf und
13 Familie, sei es mit kleinen Kindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen.

14 Unser Ziel ist es, dass die Menschen in Schleswig-Holstein wieder mehr Lust auf Familie
15 haben.

16 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 17 - ein bedarfsgerechtes und familienfreundliches flexibles Ganztagsangebot von der
18 Krippe bis zur Schule aufbauen,
- 19 - den schnellen und notwendigen Ausbau der Platzkapazitäten in
20 Kindertageseinrichtungen durch eine bessere finanzielle Ausstattung so ausgestalten,
21 dass dieser nicht zu Lasten der Qualität in der frühkindlichen Bildung geht,
- 22 - Eltern entlasten, in dem wir qualitativ hochwertiges, kindgerechtes Mittagessen in
23 Kitas und Schulen bezuschussen. Dauerhaft wollen wir das Mittagessen kostenfrei zur
24 Verfügung stellen, in einem ersten Schritt für Kinder von einkommensschwachen
25 Eltern,
- 26 - für Öffnungszeiten in Kitas eintreten, die sich an den Bedürfnissen der Eltern unter
27 Beachtung des Kindeswohls orientieren und mit Trägern über die Möglichkeit von
28 Übernachtungsangeboten für Eltern im Schichtbetrieb sprechen,
- 29 - einen Familienpakt mit IHK und Handwerk schließen, um die Vereinbarkeit von
30 Familie und Beruf zu verbessern und Unternehmen eine Anlaufstelle zu bieten,
- 31 - die Tagespflege als gleichberechtigtes Angebot in der Kinderbetreuung stärken,
- 32 - das Angebot an Teilzeitausbildung und -studium erweitern,
- 33 - die Kinderwunschbehandlung finanziell fördern, damit möglichst viele Familien ihren
34 Kinderwunsch realisieren können.

35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Qualität in der Pflege – auch Angehörige unterstützen und entlasten

Die pflegerische Versorgung gilt es so weiter zu entwickeln, dass Menschen in Würde gepflegt und betreut werden können. Sie sollen dort alt werden, wo sie es möchten.

Pflege ist ein wichtiger Dienst am Menschen. Unser Ziel ist es, die Pflege wieder mehr in Mittelpunkt zu stellen. Mehr Zeit für die Pflege muss Priorität haben gegenüber dem Aufwand für Dokumentationsverpflichtungen. Dies erfordert wesentlich mehr Anerkennung für die Pflegeberufe. Die pflegenden Angehörigen, die auch heute noch - trotz der eingeführten Pflegeversicherung - den Großteil der Pflegenden ausmachen, müssen mehr und besser unterstützt und entlastet werden.

Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- eine Kampagne zur Stärkung des Images und der Bedeutung der Pflegeberufe für ein funktionierendes, generationsübergreifendes Miteinander durchführen,
- eine Situationsanalyse und Bewertung des vorhandenen Angebotes in der Pflege mit dem Ziel vornehmen, Handlungsbedarfe frühzeitiger zu erkennen,
- die Entbürokratisierung in der Pflege durch die Reduzierung von Vorschriften und Dokumentationspflichten weiter voranbringen, damit deutlich mehr Zeit für den Menschen selbst bleibt,
- in Zusammenarbeit mit den Kliniken im Land ein Pflegeübungszentrum einrichten, in dem Angehörige für die Pflege zu Hause geschult werden,
- pflegende Angehörige durch ein erweitertes und vielfältiges Angebot an Tages- und Nachtpflege entlasten (ambulante Hilfezentren, Tages- und Nachtpflege, Kurzzeit- und Verhinderungspflege),
- einen ehrenamtlichen Pflegebeauftragten benennen, der Ansprechpartner für Einrichtungen, Pflegekräfte und Betroffene ist,
- Kooperationen fördern anstatt eine bürokratische Zwangsverkammerung voranzutreiben. Die neu geschaffene Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft werden wir wieder abschaffen und einen freiwilligen Pflegering einführen, der die Interessen der Beschäftigten in der Pflege vertritt. Ziel ist, dass Pflegenden, Leistungserbringer und Verbände gemeinsame Standards entwickeln und der Pflege zu mehr Öffentlichkeit verhelfen.

67 *Aktive Senioren – gutes Leben, egal in welchem Alter*

68 Die Generation der Seniorinnen und Senioren ist so aktiv wie nie zuvor. Auf ihren
69 Sachverstand und ihre Kompetenz wollen wir im Hinblick auf den demographischen Wandel
70 nicht verzichten. Die Erfahrungen und Potentiale der Senioren gilt es stärker zu nutzen.

71 Unser Ziel ist es, durch eine Vielfalt an Angeboten ein eigenverantwortliches,
72 selbstbestimmtes Leben in der selbst gewählten Umgebung zu ermöglichen.

73 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 74 - alle noch vorhandenen Altersbegrenzungen - sofern durch die Landespolitik möglich -
75 aufheben,
- 76 - die Beschäftigung im Alter attraktiver gestalten und durch altersgerechte
77 Fortbildungsangebote, Berufsbilder und Tätigkeitsprofile fördern,
- 78 - die Bedürfnisse älterer Menschen im Verkehr und bei der Infrastruktur besser
79 berücksichtigen,
- 80 - altersgerechte Wohnformen und die Bildung von Wohnquartieren vor Ort finanziell
81 und ideell fördern,
- 82 - für ein seniorenrechtliches Angebot an wohnortnahen Dienstleistungen und
83 Einkaufsmöglichkeiten als eine wichtige Basis für ein selbstbestimmtes Leben
84 eintreten,
- 85 - durch Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen aus dem Pflege-
86 und Sozialbereich Hilfenetzwerke für ältere Mitmenschen unterstützen, damit sie in
87 ihrem Wohn- und Lebensumfeld sicher und in Würde älter werden

88

89 *Eigenverantwortung des Menschen stärken – Zusammenhalt der Gesellschaft fördern*

90 Das Zusammenleben in Schleswig-Holstein wird bestimmt durch die soziale Verantwortung
91 füreinander. Unsere Politik orientiert sich an christlichen Werten und am christlichen
92 Menschenbild. Wir vertrauen auf die Fähigkeit des Menschen, seine Angelegenheiten selbst
93 zu regeln. Unsere Aufgabe ist es, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu fördern und
94 gleichzeitig Menschen in ihrem Bewusstsein zu stärken, sich gegenseitig zu helfen und zu
95 unterstützen. Dennoch gibt es auch in unserem Land Menschen mit individuellen Notlagen.
96 Dort, wo der Einzelne in Not oder überfordert ist, ist der Staat zur Stelle und hilft.

97 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 98 - bürgerschaftliches Engagement stärken,
- 99 - Beratungsangebote im Land, die Hilfe zur Selbsthilfe fördern, erhalten und stärken.
100 Rat- und hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger sollen schneller und leichter das für

- 101 sie richtige Angebot finden,
102 - das vorhandene Angebot der Selbsthilfegruppen stärken und unterstützen,
103 - Hilfestrukturen ausbauen, die eine Kultur des Hinsehens und Eingreifens fördern,
104 - ein Landeswohlfahrtsgesetz einführen, um die Arbeit der freien Wohlfahrtspflege
105 langfristig abzusichern.

106

107 *Moderne Gleichstellungspolitik bedeutet Chancengerechtigkeit für alle*

108 Die Chancengerechtigkeit der jungen Generationen ist durch die durchgesetzten
109 Errungenschaften der Gleichstellung in den letzten Jahrzehnten weitestgehend umgesetzt
110 und muss erhalten werden.

111 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 112 - eine zielgerichtete Beratung für Schülerinnen und Schüler für die verschiedenen
113 Möglichkeiten in den MINT-Berufen und Care-Berufen ermöglichen,
114 - erfolgreiche Programme und Kontaktstellen, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben
115 fördern, weiterführen,
116 - Frauen und Männer nach der Familienphase den Wiedereinstieg in den Beruf
117 erleichtern, z. B. durch die Einführung eines Rückkehr-BaföG,
118 - Gespräche mit der Wirtschaft und den Tarifparteien führen, um Unterschiede in der
119 Bezahlung bei gleicher Arbeit zu ermitteln und abzustellen,
120 - den Anteil von Frauen in politischen Gremien, Ämtern und Mandaten erhöhen, z.B.
121 durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
122 - das Beratungs- und Hilfsangebot für Frauen und Männer mit Gewalterfahrung
123 langfristig absichern,
124 - die Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Männer fortsetzen.
125 Auch Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution und Menschenhandel darf es in
126 unserem Land nicht geben.

127

128 *Gesellschaftliche Diskriminierung beenden*

129 Wir werden uns gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer
130 sexuellen Ausrichtung sowie für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen
131 Lebenspartnerschaft mit der zivilen Ehe einsetzen.

132

133 *Schleswig-Holstein - ein Land des Miteinanders*

134 Alle Menschen in unserem Land sollen selbstbestimmt leben. Unser Ziel ist die
135 gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung.

136 Jeder Mensch erhält die Unterstützung, die er benötigt, um selbstbestimmt zu leben und an
137 der Gesellschaft teilhaben zu können. Dafür sind verlässliche Standards und einheitliche
138 Rahmenbedingungen bei der Hilfestellung im Land notwendig, die wir gemeinsam mit den
139 kommunalen Spitzenverbänden entwickeln.

140 Wir werden gemeinsam mit den Leistungserbringern die Umsetzung des
141 Bundesteilhabegesetzes in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen. Dabei werden wir den
142 Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit
143 Behinderungen konkretisieren und umsetzen.

144 Wir werden

- 145 - die Selbstvertretungen der Menschen mit Behinderungen sowie ihrer Eltern und
146 Angehörigen stärken und eine nachhaltige Finanzierung der bestehenden
147 Landesarbeitsgemeinschaften und Beratungsangebote sichern,
- 148 - die Werkstätten für behinderte Menschen in ihren Zielen unterstützen und zugleich
149 fordern, weitere Übergänge aus der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu
150 realisieren,
- 151 - Hürden bei der Gründung von neuen Integrationsbetrieben abbauen,
- 152 - im Bereich Wohnen mehr Flexibilität ermöglichen, um so innovative,
153 sozialraumorientierte und inklusive Wohnformen zu planen und umzusetzen,
- 154 - einen Fonds für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen wie privaten Raum gründen.
155 Hierzu gehört auch die Schaffung einer barrierefreien Kommunikation und
156 Information.

157

158 *Selbstbestimmte und eigenverantwortliche Verbraucher*

159 Wir alle sind tagtäglich Verbraucherinnen und Verbraucher. In der Schnelllebigkeit unserer
160 Zeit darf Verbraucherpolitik keine einmalige Angelegenheit sein, sondern erfordert eine
161 stetige Fortentwicklung. Verbraucherpolitik berührt als Querschnittsthema alle Politikfelder
162 – von der Gesundheitspolitik über die Wirtschafts- und Finanzpolitik bis hin zur
163 Ernährungspolitik.

164 Unser Leitbild sind die selbstbestimmten und eigenverantwortlich handelnden
165 Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Politik kann und darf den Verbrauchern nicht die
166 Verantwortung für ihre Entscheidungen abnehmen. Wir wollen den mündigen Bürger
167 unterstützen, die für ihn richtigen Entscheidungen zu treffen.

168 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir deshalb

- 169 - die finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein dauerhaft
170 stärken, um Planungssicherheit und qualifiziertes Personal zu erhalten,
- 171 - die Verbraucherbildung in die Bildungsleitlinien und die Fachanforderungen von
172 Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Grundschulen aufnehmen,
- 173 - einen „Ernährungsführerschein“ auch an weiterführenden Schulen einführen,
- 174 - die Wiedereinführung des verpflichtenden Projekts „Schulklassen auf dem Bauernhof“
175 vorantreiben,
- 176 - Verbraucherbildung als Thema an die Hochschulen bringen. Dies betrifft vor allem die
177 Lehramtsausbildung, aber auch Volkswirtschaftslehre, Pädagogik und Psychologie,
- 178 - eine Kampagne zur Deklaration regionaler Produkte auf freiwilliger Basis auf den Weg
179 bringen,
- 180 - regionale Vermarktungsstrategien zur Stärkung unsere regionalen Händler im
181 Wettbewerb mit dem zunehmenden elektronischen Handeln fördern,
- 182 - die Aufklärung über die Lagerung und den Unterschied zwischen
183 „Mindesthaltbarkeiten“ und „Lebensmittelverfall“ verstärken,
- 184 - den Ausbau der Kampagne „Zu gut für die Tonne“ vorantreiben.

185

186 *Medizinisch gut versorgt – in allen Teilen des Landes*

187 Die Gesellschaft wird immer älter und die finanzielle Ausstattung ist im gesamten
188 Gesundheitswesen begrenzt.

189 Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Unser Ziel ist es, auch künftig ein bedarfsgerechtes,
190 flächendeckendes Angebot an ambulanten und stationären Leistungen sicherzustellen. Die
191 Menschen in unserem Land haben einen Anspruch auf eine qualitativ hochwertige und
192 verlässliche medizinische Versorgung – egal, ob sie auf dem Land oder in der Stadt leben.

193 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 194 - das Modellprojekt der Gemeindeschwester einführen, um jedem Bürger eine
195 bedarfsorientierte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung bieten zu können, sei es
196 durch die Gemeindeschwester, niedergelassene Ärzte, medizinische
197 Versorgungszentren oder ein Krankenhaus,
- 198 - ausgewählte medizinische Tätigkeiten von Ärzten an medizinisch geschultes Personal
199 delegieren,
- 200 - das Hospizwesen in Schleswig-Holstein - ambulant oder stationär – fördern,

- 201 - die Niederlassung von Allgemeinmedizinern im ländlichen Raum fördern, um auch
202 dort eine wohnortnahe und hochwertige Versorgung sicher zu stellen,
- 203 - regionale Gesamtkonzepte zur Sicherung der medizinischen Versorgung gemeinsam
204 mit der Kassenärztlichen Vereinigung erstellen, die sich an den Bedürfnissen der
205 Bürger orientieren,
- 206 - ein Landeskrankenhausgesetz entwickeln und beschließen, um eine koordinierte
207 Entwicklung der Krankenhausstrukturen zu erreichen, die ambulante und stationäre
208 Angebote sinnvoll miteinander verzahnt,
- 209 - den Ausbau von E-Health und Telemedizin fördern, um eine Optimierung der
210 Patientenversorgung zu erreichen. Best-Practice-Modelle müssen bekannt gemacht
211 werden und Ärzten gezeigt werden, wie sie telemedizinische Angebote in ihren Alltag
212 einbauen können,

213

214 *Gesundheit auf höchstem Niveau – UKSH fit für die Zukunft machen*

215 Die medizinische Spitzenversorgung ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Lebensqualität in
216 unserem Bundesland. Die Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum
217 verbinden wir daher mit dem Bekenntnis, die Spitzenmedizin am Universitätsklinikum
218 Schleswig-Holstein, dem einzigen Maximalversorger in unserem Land, zu stärken.

219 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 220 - durch den Abschluss von Zielvereinbarungen für den Bereich der Hochschulmedizin
221 Planungssicherheit für mindestens 5 Jahre schaffen und damit auch Forschung und
222 Lehre stärken,
- 223 - die Campuszentren stärken und dies als Chance für beide Standorte für einen
224 positiven internen Wettbewerb nutzen, ohne jedoch den Fusionsgedanken zu
225 konterkarieren,
- 226 - die Veräußerungsgewinne durch freiwerdende Liegenschaften auf den Campi in Kiel
227 und Lübeck in voller Höhe für die Weiterentwicklung der Spitzenmedizin und der
228 medizinischen Spitzenforschung nutzen,
- 229 - die Präzisionsmedizin mit moderner Diagnostik in einem Verbund-Institut
230 voranbringen.

231

232 *Wir werden dem UKSH eine finanzielle Perspektive geben!*

233 Das UKSH schreibt seit seiner Gründung als Anstalt öffentlichen Rechts im Jahr 2003
234 durchgängig rote Zahlen. Der aufgelaufene Bilanzverlust nähert sich mittlerweile der Marke

235 von rund 300 Mio. Euro, für die das Land als Anstaltsträger in voller Höhe haftet. Nach den
236 Plänen des UKSH soll dieses ab dem Jahr 2017 im laufenden operativen Geschäft schwarze
237 Zahlen schreiben.

238 Deshalb werden wir:

- 239 - das UKSH durch eine schrittweise Übernahme der Schulden von den Zinszahlungen
240 entlasten, sofern die Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses im operativen
241 Geschäft eintritt und sich auch in den Folgejahren wiederholt,
- 242 - sicherstellen, dass auch künftig die Patientinnen und Patienten eine bestmögliche
243 medizinische Versorgung erhalten und zudem Forschung und Lehre auf höchstem
244 Niveau gewährleistet wird.

245

246 *Geburtshilfe langfristig sichern – beste medizinische Versorgung für Mutter und Kind*

247 Seit einigen Jahren ist der Bereich der Geburtshilfe in einem starken Wandel. Kleine
248 Geburtsstationen werden geschlossen und Hebammen ziehen sich unter anderem aufgrund
249 der Versicherungsproblematik immer weiter aus der Geburtshilfe zurück.

250 Unser Anspruch ist es, eine Grundversorgung mit Geburtshilfe in erreichbarer Nähe im
251 ganzen Land sicherzustellen.

252 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 253 - ein ganzheitliches, qualitativ hochwertiges Geburtshilfekonzept mit allen Beteiligten
254 für eine langfristige Planungssicherheit erarbeiten,
- 255 - uns für die Sicherung der freiberuflichen Hebammenarbeit einsetzen,
- 256 - die Arbeit der Hebammen als Geburtshelfer durch Senkung oder mind. Stabilisierung
257 der Versicherungsbeiträge stärken.

258

259 *Prävention stärken – Abhängigkeit verhindern*

260 Prävention ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Suchtabhängigkeiten. Dies beinhaltet die
261 frühzeitige Aufklärung über die Gefahren im Umgang mit Drogen, Alkohol, Glücksspiel und
262 Internet. Die CDU hält daher an den vier Säulen - Prävention, Beratung und Hilfe,
263 Schadensreduzierung und -verhinderung sowie Repression und Marktregulierung - fest.
264 Finanzielle Mittel werden punktuell und zielorientiert dort eingesetzt, wo sie am meisten
265 bewirken.

266 Als CDU Schleswig-Holstein werden wir

- 267 - illegale Rauschmittel nicht legalisieren, da die Abhängigkeit von diesen Stoffen eine
268 Krankheit ist und therapiert werden muss. Lediglich die Vereinfachung des Zugangs
269 zu Cannabis als Arzneimittel aus medizinischen Gründen wird befürwortet,
- 270 - Suchtprävention und -therapie stärken und die vorhandenen Beratungsstellen und -
271 angebote erhalten,
- 272 - mehr Präventionsangebote in Betrieben und Schulen schaffen und eine stärkere
273 Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen fördern,
- 274 - die digitale Kompetenz der Menschen in Schleswig-Holstein mit einem Bündel
275 festgeschriebener Präventionsmaßnahmen in unseren Bildungsstätten steigern,
- 276 - sensible Orte, wie z.B. Schulen, Kindertageseinrichtungen oder auch Spielplätze zu
277 drogenfreien Bereichen erklären, in denen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
278 vor Betäubungsmitteln und als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit die
279 Eigenbedarfsausnahmen bei der Strafverfolgung nicht mehr gelten,
- 280 - den Verkauf und Konsum von Alkohol, Tabak und E-Shishas an Kinder und Jugendliche
281 und die geltenden Verbote stärker kontrollieren, indem unter anderem Testkäufe für
282 Alkohol und Tabak mit Jugendlichen eingeführt werden.

283

284 *Kriminalität frühzeitig verhindern!*

285 Es ist allemal besser, Straftaten zu verhindern, als sie verfolgen zu müssen. Prävention ist
286 dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der die Polizei ein verlässlicher Partner sein
287 muss. Sie hat eine besondere gesellschaftliche Rolle, Sie ist es, die oftmals gerufen wird,
288 wenn soziale Auffälligkeiten oder Konflikte in der Lebensgestaltung von Menschen auftreten
289 und dadurch erst die notwendigen Initialzündungen für weiteres Handeln von Jugend- oder
290 Sozialbehörden einleitet.

291 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 292 - anerkannte Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche wie „Sicheres
293 Überqueren der Straße“, „Fahrradprüfung“ und „Alkohol und Drogen“ in unseren
294 Schulen ausweiten,
- 295 - polizeiliche Beratungsstellen zum Wohnungs- und Einbruchschutz einrichten,
- 296 - polizeiliche Prävention in Schulen und Kindergärten auch als „Türöffner“ und
297 vertrauensbildende Maßnahme für die ungezwungene Kontaktaufnahme auch mit
298 Eltern, Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturkreisen einsetzen,
- 299 - in gemeinsamer Verantwortung mit den Kreisen und kreisfreien Städten den Aufbau
300 eines gesamtgesellschaftlichen Frühwarnsystems für Kinder und Jugendliche fördern
301 und durch eine aufsuchende Kinder- und Jugendhilfe die Gefahr des Abrutschens in

302 die Kriminalität oder den Extremismus verhindern,
303 - zur Verhinderung krimineller Lebensläufe junger Menschen ein landesweites
304 Handlungskonzept zum konsequenten Vorgehen gegen Schulschwänzen und zur
305 Eindämmung der hohen Anzahl vorzeitiger Schulabbrüche entwickeln und umsetzen.

306

307 *Alle Formen des Extremismus entschieden bekämpfen!*

308 Egal ob links, rechts oder religiös motiviert - wer Menschen verletzt oder Unterkünfte in
309 Brand setzt, Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte im Einsatz angreift oder Sachen
310 beschädigt, muss mit Entschiedenheit und allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden.
311 Wir bekennen uns deshalb eindeutig zur Arbeit des Verfassungsschutzes und des
312 polizeilichen Staatsschutzes sowie deren umfassende Vernetzung auf internationaler und
313 europäischer Ebene.

314 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 315 - frühzeitig die inhaltliche Auseinandersetzung mit allen auftretenden
316 Erscheinungsformen des Populismus und Extremismus führen und ihnen nicht die
317 Deutungshoheit über gesellschaftliche Themen in den sozialen Medien überlassen,
- 318 - Anlaufstellen für von Extremismus gefährdete Menschen und Familien einrichten und
319 die Aufklärungsarbeit über alle extremistischen Bestrebungen ausbauen,
- 320 - dem aufwachsenden Rechtsextremismus mit konsequenter Überwachung durch
321 spezialisierte Observations- und Ermittlungsgruppen in den Polizeidirektionen
322 begegnen und ein Netzwerk aufsuchender Beratungs- und Präventionsarbeit schaffen,
- 323 - der hohen Gewaltbereitschaft linksextremistischer autonomer Gruppen eine
324 konsequente Strafverfolgung und Vorfeldermittlung, insbesondere bei
325 missbräuchlicher Verwendung der Versammlungsfreiheit, entgegensetzen,
- 326 - bei allen potenziell religiös motivierten Extremisten, die in unserem Land leben oder
327 es verlassen wollen, einen permanenten Überwachungsdruck sicherstellen durch
328 aufsuchende Gefährdungsansprachen und Observationen im Vorwege, intensive
329 Ermittlungen durch Spezialkräfte und einem abgestimmten Handeln zwischen
330 Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften,
- 331 - auf Grundlage unserer Werte- und Rechtsordnung den Kontakt zu den muslimischen
332 Verbänden vertiefen, um gemeinsam junge Menschen frühzeitig vom Irrweg in den
333 Extremismus abzuhalten. Hassprediger und Moscheen als Radikalisierungstreffpunkte
334 haben in unserer offenen Gesellschaft keinen Platz.

335

336 *Keinen Rabatt auf unsere Werte- und Rechtsordnung!*

337 Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft benötigen wir das Vertrauen der Menschen in
338 einen starken Rechtsstaat, der die Möglichkeiten und Grenzen unserer freiheitlich
339 demokratischen Grundordnung deutlich macht, die darin enthaltene Werteordnung mit
340 Nachdruck vertritt und bei Bedarf konsequent durchsetzt. Fundamentale Rechte wie
341 Meinungs- und Religionsfreiheit, die sexuelle Selbstbestimmung und das Gewaltmonopol des
342 Staates sind für uns Grundlage eines funktionierenden Miteinanders.

343 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 344 - alle Erlasse und Dienstanweisungen - sofort - aufheben, die den
345 Strafverfolgungszwang relativieren, Straftaten bagatellisieren oder die
346 Ermittlungsarbeit der Polizei von vornherein einschränken,
- 347 - eine norddeutsche Bekämpfungsoffensive zur Bekämpfung der
348 Wohnungseinbruchskriminalität starten, um mit spezialisierten Staatsanwaltschaften,
349 exklusiven Ermittlern und qualifizierter Spuren- und DNA-Auswertung die
350 Aufklärungsquote auf das Niveau der erfolgreichsten Länder anzuheben,
- 351 - offen und verantwortungsvoll über die Kriminalitätslagebilder von Migranten
352 informieren und lösungsorientiert über die Probleme der Integrationsarbeit vor Ort
353 sprechen. Der möglichen Entstehung von Parallelgesellschaften treten wir
354 entschieden entgegen,
- 355 - das Personal und die Haushaltsmittel in den staatlichen Kernbereichen Polizei und
356 Justiz erhöhen und verbindliche Abstimmungsgespräche zwischen Polizei,
357 Staatsanwaltschaften und Gerichten in den unterschiedlichen Kriminalitätsfeldern
358 ausbauen.

359

360 *Bürgernahe Polizei erhalten!*

361 Wir wollen in Schleswig-Holstein eine Polizei, die für die Menschen in ihrem Wohn- und
362 Lebensumfeld spür- und sichtbar bleibt. Die Gewährleistung von Sicherheit bestimmt
363 maßgeblich die Lebensqualität der Menschen und ist fester Bestandteil der öffentlichen
364 Daseinsvorsorge. Dabei gehören die Kriminalitätszahlen und das Sicherheitsgefühl der
365 Menschen zusammen. Das älter und vielfältiger werdende Schleswig-Holstein benötigt
366 wieder eine Ausrichtung zur „Freund und Helfer-Polizei“.

367 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 368 - die zunehmende Zentralisierung der Landespolizei und die systematische Schließung
369 von Polizeidienststellen, insbesondere im ländlichen Raum, - unverzüglich – stoppen,
- 370 - die Landespolizei in ihrer Dienststellenstruktur so aufstellen, dass in allen Regionen

- 371 Schleswig-Holsteins gleiche Streifenanteile und Erreichbarkeiten der Polizei
372 gewährleistet sind. Dazu gehört auch der (Wieder-)Aufbau notwendiger
373 Polizeidienststellen in unseren Städten und Gemeinden,
- 374 - eine auf Überwachung ausgerichtete Verkehrssicherheitsarbeit durch die Polizei auf
375 unseren Straßen und Autobahnen wiederherstellen und die entstandenen Lücken in
376 der Erstellung von aussagekräftigen Verkehrssicherheitslagebildern beseitigen,
 - 377 - die ermittelten Defizite in den wasserschutzpolizeilichen Aufgaben zum Schutz der
378 Menschen in unseren Häfen, Meeren und Gewässern beseitigen, um die volle
379 Handlungsfähigkeit unserer Wasserschutzpolizei wiederherzustellen,
 - 380 - die Polizeiarbeit regional stärker ausrichten und verlässliche Strukturen der
381 Zusammenarbeit zwischen der Polizei vor Ort und den kommunalen Ordnungs- und
382 Sozialbehörden in neu zu gestaltenden Bündnissen für Sicherheit einrichten.

383

384 *Vom Opfer her denken - Klare Grenzen für alle Täter!*

385 Die Menschen in Schleswig-Holstein sind im Alltag vielfach von Diebstählen,
386 Sachbeschädigungen und Straßenkriminalität betroffen. Daher sind sowohl Alltagskriminelle
387 als auch Täter der schweren Kriminalität mit Entschlossenheit und dem Einsatz modernster
388 Beweistechnik zu ermitteln und zu verurteilen. Die Festlegung von Bekämpfungsstrategien
389 und der Ausbau beschleunigter Strafverfahren müssen sich an den Tatfolgen der Opfer
390 ausrichten.

391 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 392 - die zurzeit durchgeführte generelle Bearbeitung von einfach gelagerten Straftaten
393 durch Bürokräfte ohne weitere polizeiliche Ermittlungen - sofort – aufheben,
- 394 - die Opferhilfe in Kooperationen mit Opferschutzorganisationen ausweiten,
395 insbesondere für Opfer von Wohnungseinbrüchen, Stalking, häuslicher Gewalt und
396 Menschenhandel. Durch weitere Opfer- und Geschädigtenbefragungen beseitigen wir
397 die Hürden für die Inanspruchnahme von Opferschutzhilfen und stärken die aktive
398 Beratungsleistung der Polizei und Staatsanwaltschaften,
- 399 - für die Bekämpfung organisierter Kriminalitätsformen wie der Internet- und
400 Einbruchskriminalität notwendige Eingriffsbefugnisse schaffen und modernste
401 Ermittlungsarbeitsplätze mit Analyse und Auswerteprogrammen einrichten,
- 402 - die Überwachung jugendlicher Intensiv- und Gewalttäter durch die
403 Jugendkommissariate und die Durchführung beschleunigter Verfahren im
404 Jugendstrafrecht ausbauen. Jugendliche Schwerstkriminelle, die sich allen
405 pädagogischen Hilfen widersetzen, dürfen zum Schutz der Allgemeinheit auch gegen

406 ihren Willen in sozialtherapeutische Einrichtungen untergebracht werden,
407 - die Null-Toleranz-Strategie gegen die aufwachsende Rockerkriminalität mit einem
408 personell verstärkten Sonderdezernat Rocker und einem gemeinsamen
409 Handlungskonzept (ordnungs-)rechtlicher Maßnahmen mit den Kommunen gegen
410 diese Form der Organisierten Kriminalität durchsetzen.

411

412 *Land und Kommunen - Gemeinsam für Sicherheit in der Heimatregion!*

413 Ausgangspunkte von Kriminalität sind bei bis zu zwei Dritteln aller Straftaten die Wohn- und
414 Lebensbereiche der Täter. Die Täter handeln also überwiegend regional. Wir müssen heute
415 schon die Gesellschaftsstruktur von morgen berücksichtigen und die Kräfte der
416 Verantwortungsträger des Landes und der Kommunen bündeln.

417 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 418 - eine neue gemeinsame Sicherheitsverantwortung des Landes, der Kreise und
419 kreisfreien Städte, der regionalen Polizeibehörden und der dort lebenden Bürgerinnen
420 und Bürger in den Bündnissen für Sicherheit schaffen,
- 421 - die Menschen über die Sicherheitslage in ihrer Region durch grafische Lagebilder zur
422 Kriminalitätsentwicklung regelmäßig informieren und sie einladen, an der Lösung der
423 Probleme im Verbund mit Polizei, kommunalen Entscheidungsträgern und
424 engagierten Verbänden und Vereinen mitzuwirken,
- 425 - verbindliche Gesprächs- und Entscheidungsstrukturen in den beteiligten Ministerien
426 und Kommunen zu gesellschaftlichen Themen wie der Integration in den Bündnissen
427 für Sicherheit aufbauen und den geregelten Austausch erfolgreicher Lösungsmodelle
428 („best practice“) sicherstellen.

429

430 *Politischer Rückhalt und Perspektiven für Polizei und Justiz*

431 Staatsanwaltschaften, Gerichte und Polizei sind wesentliche Garanten unseres Rechtsstaates
432 und mit ihrem Handeln gewährleisten sie maßgeblich das friedliche Zusammenleben in
433 unserer Gesellschaft. Sie leisten Außergewöhnliches und benötigen dafür einen
434 Vertrauensvorschuss sowie den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt.

435 Daher werden wir als CDU Schleswig-Holstein

- 436 - die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten und den
437 Polizeibeauftragten abschaffen,
- 438 - mit jährlich 400 Neueinstellungen die hohen Personalabgänge der nächsten Jahre
439 ersetzen und die dringend notwendige Verstärkung des Personalbestands der

- 440 Landespolizei vornehmen,
- 441 - mit den Mehreinstellungen in einem ersten Schritt die polizeilichen Aufgabenfelder
442 Präsenz, Prävention, Einsatz und Ermittlungen in unseren Städten und Gemeinden
443 verstärken,
- 444 - mit der Aufstellung einer 2. Einsatzhundertschaft in einem zweiten Schritt den
445 polizeilichen Streifendienst von Fußball- und Demonstrationseinsätzen dauerhaft
446 entlasten,
- 447 - gesundheitsschonende Schichtdienstmodelle aufbauen und Wochen- und
448 Lebensarbeitszeiten sowie gesicherte Freizeiten für die Vereinbarkeit von Familie und
449 Beruf festlegen,
- 450 - mit einem Volumen von 4 Millionen Euro über die gesamte Legislaturperiode die
451 Beförderungszeiten verkürzen, die Bezahlstruktur ausweiten und eine größtmögliche
452 Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen herstellen,
- 453 - den individuellen Rechtsschutz für Vollzugsbeamte ausweiten, insbesondere wenn sie
454 bei ihrer Aufgabenerfüllung zur Zielscheibe von Gewalt werden oder Schutz und
455 Fürsorge vor Nachstellungen im Internet benötigen,
- 456 - unsere Polizistinnen und Polizisten mit modernster persönlicher Schutzausstattung
457 ausrüsten sowie den Probelauf für den Einsatz von so genannten Body-Cams und auf
458 Distanz haltenden Einsatzmitteln starten,
- 459 - in einer Modernisierungsoffensive die Unterbringungssituation in der Aus- und
460 Fortbildung in Eutin verbessern und die Lern- und Lehrstätten in Bauzustand und
461 Ausstattung auf einen zeitgemäßen Stand bringen.

462

463 Für die CDU Schleswig-Holstein ist eine geordnete und fachlich kompetente Rechtspflege
464 einer der Pfeiler unseres Rechtsstaats und ein entscheidender Beitrag zur Wahrung des
465 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Rechtssuchende Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf
466 die zügige und fachkundige Hilfe des Rechtsstaats verlassen können. Rechtsstreitigkeiten
467 untereinander, aber auch mit der staatlichen und kommunalen Verwaltung müssen in
468 angemessener Zeit durch die Justiz entschieden werden. Unser Ziel ist: Diejenigen, die unsere
469 Rechtsordnung verletzen, werden in einem zügigen Verfahren zur Rechenschaft gezogen.

470 Die Ausstattung und Behördenstruktur, Personalausstattung und ein zeitgemäßer,
471 anforderungsorientierter Strafvollzug stehen im Zentrum unserer landespolitischen
472 Verantwortung. Die Verpflichtung zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bis
473 spätestens 2022 stellt Justiz und Politik vor eine große Herausforderung. Die Umsetzung wird
474 nur gelingen, wenn in der Übergangsphase die erforderlichen Sach- und Personalbedarfe zur
475 Verfügung gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Geschäftsstellen und

476 Serviceeinheiten an den jeweiligen Standorten. Dazu ist eine ausgewogene Präsenz der Justiz
477 in allen Teilen Schleswig-Holsteins sicherzustellen, für schnellen Zugang zu den Gerichten zu
478 sorgen und unsere Justizbehörden leistungsfähig und bedarfsgerecht auszustatten.

479 Unsere Justiz bleibt nur durch qualifiziertes und motiviertes Personal handlungsfähig. Die
480 Werbung um qualifizierte Nachwuchskräfte für Schleswig-Holstein ist eines unserer
481 vorrangigen Ziele. Dabei orientiert sich die Personalauswahl vorrangig am Prinzip der
482 Bestenauslese.

483 Deshalb werden wir

- 484 - durch Anpassung des Landesbesoldungsgesetzes ein Alimentationsniveau schaffen,
485 das es dem Land Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern
486 ermöglicht, auch in Zukunft fachlich hervorragend qualifiziertes Personal für alle
487 Berufe in der Justiz zu gewinnen,
- 488 - bei Neueinstellungen in den höheren Justizdienst die Einbindung der Praxis
489 (Präsidenten der Obergerichte und Generalstaatsanwaltschaft) in das
490 Bewerbungsverfahren verstärken,
- 491 - die Motivation unserer jungen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und
492 Staatsanwälte dadurch erhöhen, dass wir die für die Proberichterzeit bis zur
493 Ernennung auf Lebenszeit bestehenden Kriterien für Dienstpostenwechsel zwischen
494 Gericht und Staatsanwaltschaft überarbeiten,
- 495 - Abordnungen außerhalb des Landes (Oberste Bundesgerichte und -behörden,
496 Europäische Gerichtshöfe, Eurojust, Hanse-Office etc.) fördern und zu einem festen
497 Bestandteil unseres Personalentwicklungskonzepts machen,
- 498 - weitere Möglichkeiten schaffen, dass Sonderverwendungen wie Regelerprobungen an
499 den Obergerichten oder der Generalstaatsanwaltschaft und Abordnungen an oberste
500 Landesbehörden auch für Teilzeitbeschäftigte realistische Berufsziele sein können,
- 501 - die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs durch gezielte
502 Fortbildungsprogramme auch für die Geschäftsstellen und Serviceeinheiten begleiten,
- 503 - den Ausbildungsverlauf unserer angehenden Gerichtsvollzieherinnen und
504 Gerichtsvollzieher überarbeiten.

505

506 *Effiziente Strafverfolgung*

507 In der öffentlichen Meinung wächst das Unverständnis über höchstrichterliche
508 Entscheidungen und das Misstrauen gegenüber unseren Staatsanwältinnen und
509 Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern. Damit einhergehend wird der Ruf nach
510 Verschärfung unserer Gesetze immer lauter. Objektive Untersuchungen in Schleswig-

511 Holstein belegen ein großes Missverhältnis zwischen dem subjektiven Sicherheitsgefühl der
512 Bevölkerung und der objektiven Gefährdungslage.

513 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates
514 und seiner Organe zurückzugewinnen, wird eine der zentralen Aufgaben unserer Justizpolitik
515 sein. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner erwarten von den politisch
516 Verantwortlichen zu Recht Antworten und nicht das Schüren von Ängsten. Die Stärkung einer
517 vor allem politisch unabhängigen Rechtsprechung als dritte Gewalt ist uns ebenso bedeutsam
518 wie die effiziente, opfergerechte Strafverfolgung und ein Strafvollzug, der den Blick für die
519 Reduzierung der Rückfallquote nicht aus den Augen verliert.

520 Wie bei der Polizei nimmt auch in der Justiz die Aufgabendichte deutlich zu. Gerichte und
521 Staatsanwaltschaften können dem nur mit größter Anstrengung Herr werden.

522 Grenzüberschreitende Banden- und Wirtschaftskriminalität fordern ebenso ihren Tribut wie
523 die steigende Klagebereitschaft Betroffener. Die extreme Dauer einiger Verfahren ist hierfür
524 ein Beleg. Das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat wird nur erhalten, wenn die
525 Verfolgung von Straftaten konsequent erfolgt. Das bedeutet: Wir brauchen neben den
526 entsprechenden Gesetzen eine Justizausstattung, die in der Lage ist, dieses Recht
527 durchzusetzen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen.

528 Deshalb werden wir:

- 529 - an den Gerichten weitere Stellen zur Sicherung einer effektiven Strafverfolgung und
530 zügigen Verfahrenserledigung schaffen,
- 531 - im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft eine besondere Ermittlungseinheit
532 einrichten, die sich aus den erfahrensten Sachbearbeitern der örtlichen
533 Staatsanwaltschaften rekrutieren und ausschließlich zuständig sein wird für besonders
534 gewichtige Fälle mit überregionalen Bezügen aus dem Bereich der organisierten
535 Kriminalität, der Internetkriminalität sowie für die Verfolgung terroristisch motivierter
536 Einzeltaten,
- 537 - uns auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, die politische Unabhängigkeit der
538 Staatsanwaltschaften zu stärken und eine Bundesratsinitiative ergreifen, die es den
539 Ländern ermöglicht, das einzelfallbezogene externe Weisungsrecht der Justizminister
540 gegenüber Staatsanwaltschaften auszuschließen,
- 541 - die Kommunikation zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz –
542 unter Einbindung der ministeriellen Ebene – weiter intensivieren,
- 543 - uns angesichts der insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität bestehenden
544 großen Bedeutung einer Schadenswiedergutmachung zwischen Opfer und Täter für
545 einen flächendeckenden Ausbau eines qualitativ gut ausgestatteten Angebotes im
546 Bereich des Jugend-Täter-Opfer-Ausgleichs einsetzen,

- 547 - eine verbindliche Absprache zwischen Landesjustiz und kommunalen Jugendämtern
548 zur Klärung der Finanzierungszuständigkeit herbeiführen.

549

550 *Moderner Strafvollzug*

551 Strafvollzug ist eine Kernaufgabe des Landes. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind heute
552 einer besonderen Belastungssituation ausgesetzt. Dies zeigt sich in überdurchschnittlich
553 hohen Krankenständen und wird auch durch Untersuchungen in den Strafvollzugsanstalten
554 bestätigt. Erfolgreicher Strafvollzug und Opferschutz sind untrennbar miteinander
555 verbunden. Die Gestaltung des Vollzuges muss sich auch an den Gesichtspunkten des
556 Opferschutzes ausrichten. Der Strafvollzug muss der Aufgabe gerecht werden, eine
557 Wiedereingliederung in die Gesellschaft so vorzubereiten, dass das Risiko einer erneuten
558 Straffälligkeit minimiert wird. Dies gilt auch für den Bereich der Extremismusbekämpfung
559 und –prävention.

560 Daher werden wir

- 561 - die bestehenden JVA-Standorte in Schleswig-Holstein erhalten,
562 - die Verantwortung für die uns anvertrauten Gefangenen zukünftig nicht abgeben,
563 - Veränderungen im Strafvollzug, die mit einem Aufgabenzuwachs für die
564 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden sind, nur vornehmen, wenn wir dafür
565 auch zusätzliches Personal bereitstellen können,
566 - wesentliche Veränderungen im Strafvollzugsgesetz rückgängig machen, die die Arbeit
567 der JVA-Bediensteten erheblich erschweren (wie z. B. Verzicht auf Anstaltskleidung,
568 verlängerte Aufschlusszeiten),
569 - bessere Konzepte erarbeiten, um Strafgefangene während des Vollzuges wieder auf
570 ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit vorzubereiten und sie darüber hinaus auch
571 beim Übergang von der Haft in die Freiheit zu begleiten und im Bedarfsfall zu
572 betreuen und zu unterstützen,
573 - die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um innerhalb von Anstalten die Verbreitung
574 extremistischen Gedankenguts zu unterbinden und Konzepte erarbeiten, um
575 Haftzeiten dafür zu nutzen, Extremisten den Ausstieg aus der jeweiligen Szene zu
576 ermöglichen und zu erleichtern.

577

578

579 **Kapitel 2 | Verlässliche Bildung**

580 Wir wollen, dass sich die Menschen auf unser Bildungssystem verlassen können. Wir stärken

581 die geschaffenen Strukturen statt sie zu verändern. Dies gilt für die gesamte Bildung von der
582 Kita bis zur Hochschule.

583

584 *Frühkindliche Bildung*

585 Eine Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Bildung ist schon lange überfällig. Aus immer
586 mehr Studien wissen wir, dass die ersten Lebensjahre viel entscheidender für den
587 Bildungsweg eines Kindes sind, als wir in der Vergangenheit angenommen haben. Sprache ist
588 dabei für uns die wichtigste Grundkompetenz, die unsere Aufmerksamkeit verdient.

589 Wir werden

- 590 - die Krippenzuschüsse abschaffen. Sie sind der falsche Weg, weil sie das
591 Finanzierungssystem noch undurchschaubarer machen und Eltern nicht entlasten. Wir
592 brauchen mehr Erzieherzeit je Kind und wollen den Personalschlüssel in der
593 frühkindlichen Bildung verbessern. Dafür wollen wir jährlich aus dem Landeshaushalt
594 mehr Geld zur Verfügung stellen, so dass in einem ersten Schritt der Landesanteil
595 wieder 1/3 beträgt. Diesen wollen wir weiter erhöhen, um so eine geringere
596 Elternbeteiligung zu ermöglichen,
- 597 - bei der Krippenfinanzierung den Landesanteil an den Betriebskosten auf die vor dem
598 Jahr 2012 geschaffenen Plätze ausweiten, um dadurch Familien und Kommunen zu
599 entlasten. Dazu werden wir die Haushaltsmittel von gegenwärtig 80 Mio. Euro in den
600 nächsten Jahren schrittweise verdoppeln,
- 601 - Finanzierungsmodelle entwickeln, hin zu einer besseren Grundausstattung und
602 weniger Sonderprogrammen, die Kindertagesstätten eine höhere Flexibilität in der
603 Finanzierung gibt,
- 604 - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die gute Kinderbetreuung fördern,
- 605 - die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Kindertageseinrichtungen stärker fördern
606 und Öffnungszeiten flexibler und länger gestalten,
- 607 - uns dafür einsetzen, dass sich im frühkindlichen Bereich die Inklusion an den
608 Bedürfnissen der Kinder orientiert. Es soll weiterhin heilpädagogische Einrichtungen
609 geben,
- 610 - sozialpädagogische Berufe aufwerten und für Quereinsteiger attraktiv machen,
- 611 - in einem Pilotprojekt Familienzentren einrichten, die Eltern bei der Erziehung ihrer
612 Kinder durch professionelle Beratung und Austausch mit anderen Eltern unterstützen,

613

614 *Mehr Eigenverantwortung für unsere Schulen*

615 Wir werden die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler in den
616 Mittelpunkt stellen. Dazu brauchen die Schulen flexible Formen der Schulorganisation. Durch
617 ein hohes Maß an Eigenverantwortung erhalten die Schulen die Möglichkeit, bei ihren
618 Entscheidungen die örtlichen und sozialen Umstände zu berücksichtigen und die eigenen
619 pädagogischen Maßnahmen entsprechend anzupassen. Die Schulen sollen ihr eigenes Profil
620 und ihr Schulprogramm im Rahmen der nationalen Bildungsstandards individuell
621 fortentwickeln und dabei eigene Schwerpunkte setzen. Den Schulleitungen kommt dabei eine
622 Schlüsselfunktion zu. Dazu sollen mit den Schulen Zielvereinbarungen geschlossen werden.

623 Schrittweise werden wir

- 624 - die Fortbildungskonzepte im Austausch mit den Lehrkräften sowie den
625 Schulaufsichtsbehörden weiterentwickeln,
- 626 - die Leitung der einzelnen Schulen stärker entlasten und gleichzeitig intensiver für die
627 Führungsrolle qualifizieren, um die Führungsaufgaben der Schulleitung erfolgreich
628 ausfüllen zu können,
- 629 - eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte gesetzlich verankern.
630 Dazu stellt das Land den Schulen Fortbildungsbudgets zur Verfügung,
- 631 - sicherstellen, dass Weiterbildungsmaßnahmen der Lehrkräfte nicht zu
632 Unterrichtsausfall führen,
- 633 - Schulen ein eigenes Finanzbudget zur Verfügung stellen,
- 634 - ein Anreizsystem entwickeln lassen, dass es den Schulen ermöglicht,
635 überdurchschnittliche Leistungen von Lehrkräften zu honorieren,
- 636 - Schulen, die in Sozialräumen mit besonderen Problemlagen liegen und besondere
637 Anforderungen in den Bereichen Inklusion, Integration oder Begabtenförderung
638 haben, ein zusätzliches Stundenbudget, zum Beispiel zur Sprachförderung, zur
639 Verfügung stellen, um den zusätzlichen Bedarfen Rechnung zu tragen,
- 640 - vorsehen, dass die Qualitätssicherung durch interne und externe Evaluation
641 stattfindet.

642

643 *Qualität und Unterricht stehen im Mittelpunkt*

644 Wir wollen uns auf die Qualität von Unterricht und die Lehrpläne konzentrieren und die
645 Lehrerausbildung an die Bedürfnisse der Schulen anpassen. Wir stehen für die Kontinuität der
646 Schulstrukturen mit den Schularten Grundschule, Gymnasium, Gemeinschaftsschule,
647 Förderzentrum und berufliche Schule.

648 Wir werden

- 649 - bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode eine Unterrichtsgarantie für die Schulen
650 erarbeiten, um den Unterrichtsausfall wirksam zu bekämpfen,
- 651 - um die Qualität in den Naturwissenschaften zu sichern, die naturwissenschaftlichen
652 Fächer grundsätzlich nicht mehr in einem Fach NaWi unterrichten lassen,
- 653 - das Fach Weltkunde in die Fächer Erdkunde, Geschichte und WiPo aufsplitten und
654 eigenständig unterrichten lassen,
- 655 - den Technikunterricht in den Schulen ausbauen,
- 656 - den Umgang mit digitalen Medien und deren Einbeziehung in den Unterricht zum
657 festen Bestandteil von Lehreraus- und -weiterbildung machen. Das Angebot des
658 Informatikunterrichtes soll weiter mit dem Ziel ausgebaut werden, ihn mittelfristig als
659 Pflichtfach in der Stundentafel zu etablieren,
- 660 - die Leistungsbewertung von Schülerinnen und Schülern über Notengebung mit einem
661 ergänzenden Lernentwicklungsbericht vornehmen,
- 662 - die Klassenwiederholungen („Sitzenbleiben“) wieder in jeder Klassenstufe
663 ermöglichen,
- 664 - zentrale Abschlussprüfungen für alle Schulabschlüsse, orientiert an den
665 Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz, vorsehen. Damit soll auch die
666 nationale Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen gesichert werden,
- 667 - durch zentrale Abiturprüfungen mit Zweitkorrekturen außerhalb der eigenen
668 Oberstufe die Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen sicherstellen,
- 669 - einen Wechsel zwischen den Schularten Gymnasien und Gemeinschaftsschulen
670 wieder ermöglichen,
- 671 - die Lehrerausbildung schulartbezogen vornehmen,
- 672 - die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I ausweiten, insbesondere im Hinblick auf
673 die duale Berufsausbildung.

674

675 *Begabungen erkennen und fördern*

676 Wir wollen auch den hochbegabten Kindern in unserem Bildungssystem gerecht werden. Wir
677 wollen eine vorzeitige Einschulung ermöglichen.

678 Wir werden

- 679 - an den Grundschulen und den weiterführenden Schulen speziell weitergebildete
680 Diagnose-Fachkräfte für Hochbegabte zur Verfügung stellen. Sie sollen Begabungen
681 erkennen und die Kinder und Lehrkräfte bei der Förderung unterstützen,

- 682 - bestehende Programme zur Begabtenförderung weiter ausbauen,
- 683 - leistungsstarken Schülerinnen und Schülern einen Wechsel von der
- 684 Gemeinschaftsschule an ein Gymnasium ermöglichen,
- 685 - landesweit schrittweise ab der Sekundarstufe I „Hochbegabtenklassen“ einführen,
- 686 - die Zusammenarbeit zwischen den Gymnasien und den Hochschulen ausbauen,
- 687 - hochbegabte Studierende an den Hochschulen besonders fördern.

688

689 *Inklusion*

690 Die Inklusion wurde in Schleswig-Holstein überstürzt eingeführt, ohne dafür die notwendigen
691 Voraussetzungen in den Schulen zu schaffen. So vielfältig, wie sich die Formen von
692 Behinderungen darstellen, sollten auch die Beschulungsangebote sein. Gerade im Sinne der
693 selbstbestimmten Teilhabe sollten auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern bei der
694 Entscheidung über die Art der Beschulung entscheidend mit eingebunden werden. Für uns
695 gilt der Grundsatz: So viel inklusive Beschulung wie möglich und so viel sonderpädagogische
696 Förderung wie nötig.

697 Wir werden

- 698 - die notwendigen personellen und finanziellen Rahmenbedingungen prüfen und mit
- 699 einem Qualitätsstandard versehen,
- 700 - die Schaffung von Qualitätsmessinstrumenten forcieren,
- 701 - eine wissenschaftliche Begleitung und weitere Schulversuche zur Inklusion und
- 702 anderen sonderpädagogischen Beschulungen durchführen,
- 703 - Förderzentren als Schule mit Schülern erhalten und regionalen Kompetenzzentren
- 704 schaffen,
- 705 - die Einrichtung von Klassen für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen an
- 706 geeigneten Standorten ermöglichen, um förderbedürftigen Kinder die Möglichkeit
- 707 einer geeigneten Beschulung zu garantieren,
- 708 - die Mittel für die Schulassistenz und die Schulbegleitung regional in einem Pool
- 709 zusammenführen, um sie an den Schulen zielgerichteter für die Inklusion einsetzen zu
- 710 können. Damit soll auch eine verlässlichere Planung für die einzelnen Schulen und
- 711 Kinder geschaffen werden. Kinder, die einen persönlichen Assistenzbedarf haben,
- 712 müssen diesen auch erhalten,
- 713 - weiterhin an der Sonderpädagogik als Spezialwissenschaft und einer gesonderten
- 714 Lehrerbildung festhalten,

- 715 - die Zusammenarbeit aller Partner, insbesondere auch mit Kommunen und
716 Behindertenwerkstätten, ausbauen und institutionalisieren.

717

718 *Ganztagsschule*

719 Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir die bedarfsgerechte Ausweitung
720 der Ganztagsangebote an Schulen fördern und vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir die
721 bestehenden Ganztagsangebote qualitativ besser aufstellen und dort, wo es gewollt ist,
722 konsequent gebundene Ganztagsschulen einführen. Dabei müssen die Ganztagsangebote
723 aber mit dem Alltag der Eltern vereinbar sein. Zudem muss es eine echte Wahlfreiheit
724 zwischen offenen und gebundenen Ganztagsschulangeboten geben.

725 Wir werden

- 726 - den Ausbau des Ganztagsangebotes gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften und
727 Schulträgern vor Ort und unter Berücksichtigung der regionalen Umstände im
728 Grundschulbereich fördern,
- 729 - die Wahlfreiheit für eine Halbtags- oder Ganztagsschule mit einem gebundenen oder
730 offenen Betreuungsangebot flächendeckend anstreben,
- 731 - die offenen Ganztagsschulen finanziell besser ausstatten, damit sie ein pädagogisch
732 qualifizierteres Angebot anbieten können,
- 733 - insbesondere das Ganztagsangebot an den Grundschulen vorrangig fördern,
- 734 - in jeder Ganztagsschule für ein ausgewogenes Mittagsangebot für jeden Schüler
735 sorgen.

736

737 *Grundschule*

738 Den Grundschulen kommt als Einstieg in das Schulsystem eine besondere Bedeutung zu. Ihre
739 Aufgabe ist es, Kinder mit Freude an das Lernen heranzuführen. Dabei sollen sie möglichst
740 früh entsprechend ihrer Fähigkeiten gefordert und gefördert werden.

741 Wir werden

- 742 - das Einschulalter flexibilisieren. Kinder, die mehr Zeit benötigen, können auf Antrag
743 der Eltern und bei Empfehlungen der Kinder- und Jugendärzte vom Schulbesuch
744 zurückgestellt werden. Prinzip: „Reife tut der Bildung gut.“
- 745 - vor der Einschulung einen möglichen sonderpädagogischen Förderbedarf feststellen,
746 um eine gezielte Förderung zu ermöglichen,
- 747 - uns auch weiterhin für den Erhalt von kleinen Grundschulstandorten einsetzen. Dabei
748 ist insbesondere die Schulentwicklungsplanung der Kreise, auch über Kreisgrenzen

- 749 hinweg, zu berücksichtigen,
- 750 - „Digitales Lernen“ bereits ab der Grundschule einführen. Dafür wird eine digitale
751 Ausstattung der Schulen unterstützt,
- 752 - das Schreiben wieder auf der Basis von Rechtschreibregeln einführen. Ebenso ist die
753 Beherrschung der Schreibschrift unabdingbar. Die Methode Lesen durch Schreiben
754 lehnen wir ab,
- 755 - verbindliche versetzungsrelevante Schulnoten ab der 3. Klasse einführen.
756 Unterstützend dazu gibt es Kurzberichte über das Lernverhalten und die Entwicklung
757 der Schülerinnen und Schüler,
- 758 - die Schullassistenten im DaZ-Bereich (Deutsch als Zweitsprache) personell ausbauen,
759 - für mehr männliches Lehrpersonal an den Grundschulen werben, z.B. durch die
760 Anpassung der Besoldung,
- 761 - die Schulartempfehlung für eine weiterführende Schulform am Ende der
762 Grundschulzeit wieder einführen.

763

764 *Wir werden Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht länger diskriminieren!*

765 Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer werden nach Abschluss ihres Studiums mit
766 einem Einstiegsgehalt der Besoldungsgruppe A12 eingestellt. Durch die von der rot-grün-
767 blauen Landesregierung beschlossene Lehrerbesoldung werden sie bei identischen
768 Studienqualifikationen gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen an allen anderen
769 Schularten schlechter gestellt, da diese mit einem Einstiegsgehalt von A13 ins Berufsleben
770 starten. Da an den Grundschulen der Anteil weiblicher Lehrkräfte rund 90 Prozent beträgt,
771 führt diese Regelung auch dazu, dass Frauen strukturell schlechter als Männer bezahlt
772 werden.

773 Deshalb werden wir:

- 774 - diese Ungleichbehandlung beenden,
- 775 - die Einstiegsbesoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer durch die Gewährung
776 von Zulagen erhöhen und so schrittweise auf A13 anheben, sobald unser vorrangiges
777 Ziel einer 100%igen Unterrichtsversorgung erreicht ist.

778

779 *Gemeinschaftsschule*

780 Die Gemeinschaftsschule ist inzwischen fester Bestandteil unseres Bildungssystems und soll
781 Schülerinnen und Schüler auf alle Abschlüsse vorbereiten. Dazu brauchen die
782 Gemeinschaftsschulen mehr pädagogische Freiheiten, um individuell auf die Kinder eingehen

783 zu können.

784 Wir werden

- 785 - das Prinzip der selbstständigen Schule an der Gemeinschaftsschule etablieren,
- 786 - ermöglichen, dass die Gemeinschaftsschulen eigenständig über die Ausgestaltung des
787 Unterrichtes entscheiden. Wann sie gemeinsam und wann sie differenziert
788 unterrichten, liegt in der Entscheidung der einzelnen Schule,
- 789 - keine weiteren Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen einrichten. Existierende
790 Oberstufen bleiben erhalten, wenn sie die Anforderungen an eine gymnasiale
791 Oberstufe erfüllen. Zu kleine Oberstufen werden mit benachbarten Oberstufen
792 zusammengeschlossen,
- 793 - dafür sorgen, dass Gemeinschaftsschulen gute Übergänge mit Anschlussfähigkeit an
794 alle Systeme entwickeln,
- 795 - das Fremdsprachenangebot an den Gemeinschaftsschulen weiter ausbauen.

796

797 *Gymnasium*

798 Das Gymnasium ist eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Die Aufgabe des
799 Gymnasiums, die Vorbereitung auf ein Studium, muss wieder im Mittelpunkt des
800 Unterrichtens stehen. Unsere Abiturienten sollen im internationalen Vergleich bestehen
801 können. Dabei muss die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden.

802 Wir werden

- 803 - an der spezifischen Ausbildung des Gymnasiallehrers festhalten. Sie ist für den Erfolg
804 des Gymnasiums unbedingt erforderlich,
- 805 - für die Gymnasien einmalig die Wahlfreiheit zwischen dem 8- und dem 9-jährigen
806 Bildungsgang wieder einräumen,
- 807 - den achtjährigen Weg zum Abitur weiter unterstützen. Dazu sind die
808 Differenzierungsstunden sicherzustellen und die Lehrpläne weiter anzupassen.

809

810 *Berufliche Bildung*

811 Die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Regionen des Landes setzt u. a. ein auf
812 Durchlässigkeit und auf Chancengerechtigkeit zwischen den Regionen ausgerichtetes
813 Berufliches Bildungssystem voraus. Das Land stellt insbesondere auch für die Regionen, die
814 einen hohen demografischen Veränderungsdruck zu bewältigen haben, die Beschulung im
815 dualen Ausbildungssystem sicher. Dazu stützt sich das Land auf Regionale
816 Berufsbildungszentren und Berufsbildende Schulen, die mit einer zunehmenden

817 Eigenverantwortung agieren sollen.

818 Wir werden

- 819 - die Regionalen Berufsbildungszentren und Berufsbildenden Schulen mit
820 Verantwortung und Kompetenzen ausstatten,
- 821 - die Regionalen Berufsbildungszentren durch wirksame Zielvereinbarungen zwischen
822 Land und Schule steuern,
- 823 - ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufsbildung (SHIBB) gründen. Hier werden
824 alle Kräfte so gebündelt, dass sich die Berufliche Bildung zukunftsfähig gestalten
825 kann,
- 826 - die Berufsschule und insbesondere die duale Ausbildung als Kernstück der dualen
827 Ausbildung stärken, um den Jugendlichen, den Betrieben und den Regionen
828 Entwicklungsperspektiven zu eröffnen,
- 829 - die Berufsvorbereitung so ausrichten, dass von allen Jugendlichen der Weg in die
830 duale Ausbildung beschritten werden kann,
- 831 - die Berufsvorbereitung so gestalten, dass sie allen Flüchtlingen die berufliche
832 Integration ermöglicht,
- 833 - zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses für die Berufliche Bildung flexible
834 Rekrutierungsinstrumente schaffen und durch hochschulische Kooperationen die
835 Lehrkräfteausbildung organisieren, die zurzeit im Land nicht stattfindet,
- 836 - den Direkteinstieg von Fachkräften aus der Wirtschaft analog des Baden-
837 Württemberg-Modells so gestalten, dass den Bewerberinnen und Bewerbern eine
838 Perspektive im höheren Dienst eröffnet wird,
- 839 - den Besonderheiten der Beruflichen Bildung einer eigenen Ausbildungs- und
840 Prüfungsverordnung Rechnung tragen,
- 841 - die Besetzung der Position der Schulleiterin bzw. des Schulleiters in der Beruflichen
842 Bildung durch Bewerberinnen und Bewerber anderer RBZ und BBS vornehmen lassen.

843

844 *Schulen in freier Trägerschaft*

845 Die CDU Schleswig-Holstein misst den Schulen in freier Trägerschaft eine hohe Bedeutung
846 zu. Wir verstehen unsere Privatschulen nicht als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen,
847 sondern sehen in ihnen eine Bereicherung des Bildungsangebotes in unserem Land.

848 Wir werden

- 849 - uns auch in Zukunft für die Unterstützung und Förderung der Schulen in freier
850 Trägerschaft einsetzen,

851 - bei der Finanzierung insbesondere die spezifischen Bedürfnisse und die Angebote der
852 Inklusion berücksichtigen.

853

854 *Hochschule*

855 Universitäten und Fachhochschulen erfüllen unterschiedliche Aufgaben in einem
856 differenzierten Hochschulsystem.

857 Wir werden

858 - Kooperationen zwischen beiden Hochschultypen fördern, z.B. in Kiel im Bereich der
859 Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen. Die Hochschulen sollen sich stärker am Bedarf
860 an Absolventen im Land ausrichten,

861 - die neu eingerichteten Promotionskollegs nach angemessener Zeit evaluieren,

862 - ermöglichen, dass Promotionsmöglichkeiten an Fachhochschulen durch
863 Zweitmitgliedschaften von forschungsstarken FH-Dozenten ausgebaut werden,

864 - uns für vielfältige Ausbildungswege an den Hochschulen einsetzen. Geeignete
865 Studierende müssen gute Studienbedingungen vorfinden. Studienerfolg hängt
866 insbesondere auch vom Betreuungsverhältnis ab,

867 - daher eine wesentliche Änderung der Kapazitätsverordnung anstreben, um so eine
868 bessere Betreuungsrelation an Hochschulen zu ermöglichen,

869 - anstreben, dass insbesondere Fachhochschulen das Angebot dualer Studiengänge
870 ausbauen,

871 - eine auskömmliche Grundförderung sicherstellen, um den Anschluss im
872 norddeutschen Vergleich herzustellen,

873 - keine Studiengebühren einführen,

874 - die Abbrecherquote durch eine verpflichtende Studienberatung für Studierende, die
875 die Mindeststandards nach zwei Semestern nicht erfüllen, reduzieren,

876 - uns dafür einsetzen, dass zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach
877 der Dissertation ein höherer Anteil von Juniorprofessuren mit Verstetigungsoption
878 eine Universitätsprofessur anstrebt,

879 - schlanke und effiziente Entscheidungswege und Gremien an den Hochschulen
880 anstreben,

881 - die Ausbildung zum Gymnasiallehrer in Kiel und Gemeinschaftsschullehrer in
882 Flensburg anstreben. Sek II-Zusatzqualifikationen können in Kooperation mit Kiel
883 erworben werden,

- 884 - uns dafür einsetzen, dass Praxisanteile im Lehramtsstudium möglichst schon im
885 Bachelorstudium verankert werden, weil sie essentiell sind. Ein Praxissemester am
886 Ende des Masterstudiums wird dagegen abgelehnt.
- 887 - die Weiterentwicklung des Lehramtsstudiums „NaWi“ ablehnen, weil es keine
888 Anschlussfähigkeit in der Oberstufe hat,
- 889 - einen Anreiz für Studierende in Mangelfächern schaffen,
- 890 - uns für den Aufbau eines Ingenieurstudiums für das Bauwesen im nördlichen
891 Landesteil einsetzen, um dem zunehmenden Fachkräftemangel in diesem Bereich zu
892 begegnen,
- 893 - mehr Wohnheimplätze an den Standorten der Hochschulen schaffen.

894

895 *Forschung*

896 Forschung und Wissenschaft sind zentrale Felder für eine erfolgreiche Landespolitik. Sie
897 sollen auch zum Erfolg der schleswig-holsteinischen Wirtschaft beitragen.

898 *Wir werden*

- 899 - die Zuordnung der Wissenschaft zum Sozialministerium beenden,
- 900 - Aktivitäten wie z.B. das Zentrum für Entrepreneurship an der Kieler Universität
901 unterstützen und weiterentwickeln,
- 902 - insbesondere die Fachhochschulen – aber auch die Universitäten – ermuntern, einen
903 engeren Kontakt zur Wirtschaft zu entwickeln. Hierfür werden wir die nötige
904 Infrastruktur z.B. im Bereich der Datenübertragung und -speicherung zur Verfügung
905 stellen,
- 906 - ein Programm auflegen, um jungen Forschern unbürokratisch Prämien für innovative
907 Ideen auszuzahlen.

908

909 Der Erfolg schleswig-holsteinischer Universitäten und der Forschungsinstitute bei der
910 Exzellenzinitiative muss in der Zukunft fortgesetzt und verstetigt werden.

911 Hierfür werden wir eine Forschungsstrategie entwickeln, die die Stärken und Besonderheiten
912 der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein berücksichtigt. Diese umfasst Mittel zur
913 Verstetigung von besonders erfolgreichen Exzellenzclustern auf Dauer sowie einen Fonds für
914 Spitzenforschung in Höhe von mindestens 10 Mio. Euro. Themen der Schleswig-Holstein-
915 Forschungsagenda sollen unter anderem die Bereiche Bildung, Meer, Gesundheit und Altern,
916 Umwelt und Energie umfassen.

917 Für uns steht fest, dass unsere Hochschulen frei und ohne ideologische Vorgaben über

918 Forschungsvorhaben und Kooperationen mit Unternehmen entscheiden können.

919

920 *Weiterbildung – Schlüssel für individuellen Erfolg und gesellschaftliches Erfordernis*

921 Das lebenslange Lernen nimmt in unserer modernen Lebenswelt einen immer größeren
922 Stellenwert in der Bildungslandschaft ein. Die außerschulische Fort- und Weiterbildung wird
923 daher für viele Bürger unseres Landes der Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe an der
924 Gesellschaft sein. Insbesondere die berufliche Weiterbildung nimmt dabei einen wichtigen
925 Platz ein, da sie zum einen die berufliche Entwicklung jedes Einzelnen fördert und zum
926 anderen gerade vor dem Hintergrund des digitalen Strukturwandels zur Sicherung des
927 Fachkräftepotenzials beiträgt. Die Arbeit der Volkshochschulen und der vielen anderen
928 Weiterbildungsträger im Land hat deswegen einen hohen Stellenwert für uns. Zudem sind die
929 politischen Bildungsträger für uns ein starker Partner bei der Bekämpfung von jeglichem
930 Extremismus in unserer Gesellschaft.

931 Wir werden

- 932 - mehr Anreize für Weiterbildungsstudiengänge schaffen und für die entsprechenden
933 Lehrkapazitäten sorgen,
- 934 - an die Erfolge des durch die CDU eingeführten Weiterbildungsgesetzes anknüpfen
935 und die Sicherung von Qualitätsstandards bei Trägern, Einrichtungen und Angeboten
936 der Weiterbildung weiter vorantreiben,
- 937 - den unter der CDU-geführten Landeregierung eingeführten Weiterbildungsbonus
938 fortführen, genauso wie die Förderung von Berufsbildungsstätten und die Förderung
939 des so genannten Meister-BaföG (nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz),
- 940 - die Beratungsangebote nach der Abschaffung der Weiterbildungsverbände durch rot-
941 grün-blau prüfen und ggf. anpassen,
- 942 - die Träger der politischen Bildung so ausstatten, dass sie demokratiekritischen
943 Tendenzen entgegen wirken können,
- 944 - einen ständigen Dialog mit den Weiterbildungsträgern führen.

945

946

947 **Kapitel 3 | Verantwortung übernehmen**

948 Für uns hat die Übernahme von Verantwortung eine hohe Bedeutung. Politik muss
949 Verantwortung übernehmen für nachfolgende Generationen, sie muss generationengerecht
950 sein und sie muss die Menschen zur Übernahme von Verantwortung motivieren.
951 Verantwortung zu übernehmen heißt für uns auch nachhaltige Politik.

952

953 FINANZEN

954 *Wir verwenden keine Rechenricks!*

955 Die rot-grün-blaue Landesregierung hat das Regelwerk zur Berechnung des strukturellen
956 Defizits im Laufe der Legislaturperiode mehrfach geändert, um immer neue Wünsche
957 finanzieren zu können. Dies führt zu hohen Ausgaben, die sich im Notfall nicht kurzfristig
958 korrigieren lassen. Eine vorausschauende Finanzpolitik nimmt die langfristigen
959 Entwicklungen in den Blick und orientiert ihre Ausgabeplanungen an dem, was an
960 dauerhaften Einnahmen zur Verfügung steht.

961

962 Deshalb werden wir:

- 963 - unsere Finanzplanung weiterhin an der langfristigen Einnahmenentwicklung
964 ausrichten und kurzfristige Effekte nicht für Mehrausgaben nutzen.

965

966 *Wir werden den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren beseitigen!*

967 Neben der offen ausgewiesenen Verschuldung des Landes besteht zusätzlich eine verdeckte
968 Verschuldung von rund 6 Milliarden Euro durch unterlassene Instandhaltung von öffentlichen
969 Straßen und Gebäuden. Anstatt diesen Sanierungsstau anzugehen, haben SPD, Grüne und
970 SSW in den letzten Jahren immer weniger investiert: Waren es 2012 - im letzten
971 Regierungsjahr der CDU - noch 785 Millionen Euro, sind für 2017 nur noch 696 Millionen Euro
972 vorgesehen. Die Investitionsquote - also das Verhältnis zwischen Haushaltsvolumen und
973 Investitionsausgaben - ist mit einem Wert von 6,1% auf den niedrigsten Stand aller Zeiten
974 gefallen. Zu geringe Investitionen bedeuten aber konkret: Schlaglochpisten, vergammelte
975 Hörsäle und heruntergekommene Krankenhäuser.

976 Deshalb werden wir:

- 977 - die Investitionsausgaben schrittweise um bis zu 200 Millionen Euro jährlich erhöhen,
- 978 - anfallende Haushaltsüberschüsse konsequent für einen Abbau des Sanierungsstaus
979 verwenden,
- 980 - mit einem verstärkten Einsatz von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) dafür
981 sorgen, dass die begrenzten Mittel durch einen ganzheitlichen Ansatz von Planung,
982 Bau und Betrieb so effizient wie möglich eingesetzt werden.

983

984 *Wir werden mit dem Abbau des Schuldenbergs beginnen!*

985 Schleswig-Holstein schiebt Schulden von 27 Milliarden Euro vor sich her. Selbst bei
986 Einhaltung der Schuldenbremse und Abbau des Sanierungsstaus lastet dieser Schuldenberg
987 weiterhin auf den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins. Jeder Zinsanstieg von nur
988 einem Prozent kostet den Landeshaushalt damit 270 Millionen Euro jährlich, Geld das dann
989 für Bildung, Kinderbetreuung und Infrastrukturausbau fehlt. Auf einen solchen Zinsanstieg ist
990 Schleswig-Holstein nicht vorbereitet, da die rot-grün-blaue Landesregierung die finanziellen
991 Möglichkeiten durch das historisch niedrige Zinsniveau genutzt hat, um immer mehr
992 zusätzliche Aufgaben zu finanzieren.

993 Deshalb werden wir:

- 994 - die günstige Zinssituation nutzen, um einen Teil unserer Schulden zu tilgen und auf
995 diese Weise Vorsorge für steigende Zinsen zu treffen,

- 996 - einen Tilgungsplan aufstellen, mit dem die Schulden des Landes innerhalb der gleichen
997 Zeitspanne zurückbezahlt werden, in dem sie aufgenommen wurden.

998

999 *Wir werden den Landeshaushalt auf die kaufmännische Buchführung umstellen!*

1000 Der Landeshaushalt ist trotz seines jährlichen Volumens von über 10 Milliarden Euro bislang
1001 nichts anderes als eine reine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, so wie sie jeder kleine Verein
1002 oder Einzelunternehmer erstellt. Eine Bewertung des Landesvermögens, Abschreibungen und
1003 Rückstellungen finden nicht statt. So ist zu erklären, dass bei der Einstellung von Beamten
1004 nur die jährlichen Bezüge, nicht aber die späteren Pensionsaufwendungen berücksichtigt
1005 werden. Rückstellungen für drohende Verluste aus der HSH Nordbank kennt der
1006 Landeshaushalt eben so wenig wie Abschreibungen auf Landesstraßen bei unterlassener
1007 Instandhaltung. In seiner jetzigen Form liefert der Landeshaushalt den politischen
1008 Entscheidungsträgern damit keine fundierte und nachhaltige Entscheidungsgrundlage. Zum
1009 Teil angestellte Nebenrechnungen sind nicht nur intransparent, sondern außerdem auch
1010 nicht Gegenstand der Beschlussfassung durch den Landtag.

1011 Deshalb werden wir:

- 1012 - die Haushaltsführung in den nächsten Jahren auf die kaufmännische Buchführung
1013 umstellen, um auf diese Weise zukünftig eine Fehlsteuerung beim Einsatz öffentlicher
1014 Mittel zu vermeiden.

1015

1016 *HSH Nordbank mit möglichst wenig Schaden für den Landeshaushalt abwickeln*

1017 Das Land Schleswig-Holstein wird aus den in der Vergangenheit für die HSH Nordbank
1018 gewährten Bürgschaften (Gewährträgerhaftung) und Garantien in Milliardenhöhe in
1019 Anspruch genommen. Die Schulden des Landes werden sich dadurch über den jetzigen Stand
1020 von rund 27 Mrd. Euro hinaus erhöhen. Durch die erfolgte Übernahme von Altlasten der HSH
1021 Nordbank in eine staatliche Abwicklungsanstalt im Rahmen der Vereinbarung mit der EU-
1022 Kommission kommen zudem weitere Risiken auf den Landeshaushalt zu.

1023 Deshalb werden wir:

- 1024 - den vollständigen Verkauf der HSH Nordbank vorantreiben und für den Fall, dass ein
1025 solcher nicht zustande kommt, die Abwicklung der HSH Nordbank vornehmen,
1026 - bei Verkauf bzw. Abwicklung ebenso wie bei der Verwertung der Altlasten stets die
1027 Lösung präferieren, die das Landesvermögens und damit das Geld der
1028 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am wenigsten belastet.

1029

1030 *Wir werden ein zentrales Personalmanagement in der Landesverwaltung einführen!*
1031 Die rot-grün-blaue Landesregierung war beim Aufbau eines zentralen Personalmanagements
1032 in der Landesverwaltung nicht erfolgreich. Die Einführung der dafür vorgesehenen Software
1033 KoPers hat sich stattdessen zu einer unendlichen Geschichte mit millionenschweren
1034 Mehrkosten entwickelt. Selbst nach Einführung von KoPers sollen nach den Plänen der
1035 Landesregierung nur einige wenige Personalprozesse vollständig zentralisiert werden. Ein
1036 funktionierendes zentrales Personalmanagement ist aber Voraussetzung für die Gestaltung
1037 des laufenden Personalabbaus und für einen effizienten Einsatz des vorhandenen Personals
1038 über die einzelnen Ministerien und Landesbehörden hinweg.

1039 Deshalb werden wir:

- 1040 - das Personalmanagement in der Landesverwaltung weitestgehend zentralisieren und
1041 dabei bestehende Ressortegoismen überwinden.

1042

1043 *Wir werden eine faire Besoldung der Beamtinnen und Beamten gewährleisten!*
1044 Den Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein wurden im Zuge der Sanierung
1045 des Landeshaushaltes erhebliche Opfer durch die Kürzung des Weihnachtsgeldes,
1046 Personalabbau und Arbeitszeitverlängerung abverlangt. Mit dem Versuch der rot-grün-
1047 blauen Landesregierung, auch die jährlichen Besoldungsanpassungen zu kürzen, und mit den
1048 vollzogenen zeitlichen Verschiebungen werden die Beamtinnen und Beamten jedoch in einer
1049 nicht zu vertretenden Art und Weise von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt.

1050 Deshalb werden wir:

- 1051 - die jährlichen Tarifvereinbarungen mit den Angestellten im öffentlichen Dienst
1052 grundsätzlich zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen,
- 1053 - in der Finanz- und Haushaltsplanung ausreichend Vorsorge treffen, um diese
1054 Anpassungen vornehmen zu können.

1055

1056 *Wir müssen den Öffentlichen Dienst attraktiver gestalten*
1057 Eine attraktive und effiziente Verwaltung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass das Land
1058 und die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Hierfür brauchen wir hochmotivierte und
1059 qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um im Wettbewerb um die besten Köpfe
1060 konkurrenzfähig zu sein.

1061 Deshalb werden wir

- 1062 - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Dazu gehört für uns auch,
1063 dass sich aus der individuellen Familienplanung keine Nachteile für die weiteren
1064 Perspektiven ergeben. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Präsenz am

- 1065 Arbeitsplatz nicht zwingend erforderlich ist, wollen wir die Möglichkeiten für Heim-
1066 und Telearbeit ausbauen,
- 1067 - Anreize für diejenigen schaffen, die über die Altersgrenze hinaus beruflich aktiv sein
1068 wollen. D.h. wir werden Modelle entwickeln, die sich an den Möglichkeiten der
1069 jeweiligen Einsatzfelder orientieren und so individuelle Lösungsansätze schaffen,
 - 1070 - Lebensarbeitszeitkonten einführen, um den Beschäftigten größtmögliche Flexibilität
1071 zu bieten und um persönliche Lebensphasen stärken zu berücksichtigen,
 - 1072 - Tarifabschlüsse für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder zeit- und
1073 wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernehmen,
 - 1074 - in Bereichen mit besonders wenigen Beförderungsstellen, etwa dem höheren
1075 Justizdienst, die Möglichkeit für die Zahlungen von Zulagen verbessern,
 - 1076 - an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz einen
1077 Masterstudiengang einführen,
 - 1078 - Schleswig-Holstein zu einem Pionierland des E-Governments machen. Dabei werden
1079 wir den hohen Sicherheitsstandard des Bayern-Servers bei der Datenverschlüsselung
1080 auch für unser Bundesland einführen,
 - 1081 - Anreize schaffen, damit auch an Standorten mit vergleichsweise geringer Attraktivität
1082 oder hohen Lebenshaltungskosten ausreichend Personal zur Verfügung steht (z.B.
1083 Inselzulage).

1084

1085 *Wir werden die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen neu regeln!*

1086 Die Investitionen in Krankenhäuser werden vom Land und den Kommunen jeweils zur Hälfte
1087 getragen. Der Landesanteil wird bis zum Jahr 2020 im Umfang von 40 Mio. Euro jährlich mit
1088 Hilfe des Sondervermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung der
1089 Investitionsbank Schleswig-Holstein gedeckt. Dann läuft dieses Finanzierungsmodell aus und
1090 kann auch nicht beliebig verlängert bzw. aufgestockt werden, da sich das Land ansonsten in
1091 immer stärkerem Maße beim Sondervermögen der I-Bank verschulden würde. Ab dem Jahr
1092 2021 müssen deshalb die Krankenhausinvestitionen in Schleswig-Holstein neu geregelt
1093 werden, zumal ein Investitionsstau von über einer halben Milliarde Euro besteht, den es
1094 abzubauen gilt.

1095 Deshalb werden wir

- 1096 - nach Auslaufen der Finanzierung über das Sondervermögen der I-Bank die
1097 Krankenhausinvestitionen wieder direkt aus dem Landeshaushalt vornehmen,
- 1098 - den bisherigen Mittelansatz von 50 Mio. Euro der rot-grün-blauen Landesregierung ab
1099 dem Jahr 2018 schrittweise auf 70 bis 80 Mio. Euro jährlich erhöhen, um den

1100 Sanierungsstau in den folgenden 10 Jahren abzubauen.

1101

1102 *Wir werden das illegale Online-Glücksspiel staatlich regulieren!*

1103 Auf über tausend Internet-Seiten können Spieler aus Deutschland heutzutage Online-
1104 Sportwetten abschließen und Glücksspielen wie z.B. Online-Poker und Online-Casino
1105 nachgehen, obwohl diese Angebote und deren Nutzung nach deutschem Recht illegal sind.
1106 Die Anbieter mit Sitz in Offshore-Finanzplätzen wie Gibraltar oder der Isle of Man machen so
1107 zweistellige Milliardenumsätze mit deutschen Spielern, ohne dass dabei ein Schutz der
1108 Spieler vor Suchtgefahren gewährleistet ist und ohne dass Steuern in Deutschland gezahlt
1109 werden. Der von der rot-grün-blauen Landesregierung vorgenommene Beitritt zum
1110 Glücksspielstaatsvertrag der Bundesländer hat sich dabei als Irrweg erwiesen. In einer
1111 digitalen Welt lässt sich ein staatliches Glücksspielmonopol nicht länger aufrechterhalten.

1112 Deshalb werden wir:

- 1113 - den Glücksspielstaatsvertrag kündigen und stattdessen den Online-Glücksspielmarkt
1114 durch die Vergabe von Lizenzen derart regulieren, dass der Spielerschutz
1115 gewährleistet wird und die Anbieter in Deutschland Abgaben zahlen,
- 1116 - dafür werben, dass die anderen Bundesländer diesen Weg gemeinsam mit Schleswig-
1117 Holstein gehen.

1118

1119 *Wir werden Schleswig-Holsteins Spielbanken privatisieren!*

1120 Die Spielbank Schleswig-Holstein GmbH mit ihren fünf Standorten in Kiel, Lübeck, Flensburg,
1121 Sylt und Schenefeld gehört zu 100 Prozent dem Land Schleswig-Holstein. Wenn die Spielbank
1122 wie in den letzten Jahren Kredite aufnimmt, um in ihre Spielstätten zu investieren, haften
1123 somit die schleswig-holsteinischen Steuerzahler für diese Schulden. Ebenso müssten die
1124 Steuerzahler letztlich für mögliche Verluste aus dem Spielbetrieb aufkommen. Beides ist aus
1125 unserer Sicht nicht akzeptabel. Das von SPD, Grünen und SSW in ihrem Koalitionsvertrag
1126 formulierte Ziel eines Verkaufs der Spielbanken war deshalb richtig. Umso schlimmer ist es,
1127 dass die Landesregierung bisher nicht in der Lage ist, diese Vorgabe der Landtagsmehrheit
1128 umzusetzen.

1129 Deshalb werden wir:

- 1130 - die Spielbanken in Schleswig-Holstein in einem offenen Bieterverfahren zum Verkauf
1131 anbieten,
- 1132 - neben der Erzielung eines bestmöglichen Verkaufspreises insbesondere die Interessen
1133 der Beschäftigten und der Standortgemeinden berücksichtigen.

1134

1135 SCHÖPFUNG BEWAHREN

1136 Die CDU fühlt sich der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Dies sind wir unserer Umwelt
1137 und besonders den künftigen Generationen schuldig. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist bei
1138 uns Grundlage politischer Entscheidungen. Nur so kann die biologische Vielfalt erhalten und
1139 die Lebensgrundlage künftiger Generationen gesichert werden. Natur- und Umweltschutz
1140 gehen nur im Miteinander. Daher lehnen wir staatliche Bevormundung und weitere Eingriffe
1141 in das Eigentum ebenso ab wie die Vorstellung, alles gesetzlich regeln zu wollen. Wir haben
1142 Vertrauen in die handelnden Menschen, Unternehmen und ihre Fähigkeiten.

1143

1144 *Naturschutz und Schutzgebiete*

1145 Die CDU bekennt sich zu den Leistungen der Landwirtschaft für den Natur- und Artenschutz.
1146 Freiheitliches Handeln und Naturschutz sind für die CDU kein Widerspruch. Wir treten ein für
1147 einen Naturschutz, der den Konsens mit den betroffenen Menschen im Lande sucht.
1148 Naturschutz lebt besonders von Motivation und Eigeninitiative. Unser Land ist bereits zu
1149 einem Drittel unter Schutz gestellt. Aufgrund konkurrierender Ansprüche an die Flächen, wie
1150 zum Beispiel Wohnen, Verkehr und Landwirtschaft, ist diese Fläche nicht mehr beliebig zu
1151 vergrößern. Der Flächenanspruch soll vorrangig nicht durch den Ankauf und
1152 Eigentümerwechsel, sondern durch Kooperation mit den Landwirten, insbesondere im
1153 Rahmen des Vertragsnaturschutzes realisiert werden. Freiwillige Initiativen im Naturschutz
1154 dürfen nicht durch nachträgliche staatliche Unterschutzstellung bestraft werden.

1155 Wir werden

- 1156 - für Schleswig-Holstein eine Strategie zur Verringerung des Flächenverbrauches
1157 entwickeln,
- 1158 - uns dafür stark machen, dass die im Bundesnaturschutzgesetz vorgesehene
1159 Möglichkeit, den Ausgleich für Eingriffe in Natur- und Landschaft durch Geld
1160 vorzunehmen, stärker als bisher genutzt wird. Damit kann der Flächenkonkurrenz
1161 wirksam begegnet werden,
- 1162 - die eingenommenen Mittel verstärkt für den Vertragsnaturschutz einsetzen als auch
1163 für die Entseigelung alter Bau- und Gewerbegebiete heranziehen,
- 1164 - die Umwandlung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Lasten der Land- und
1165 Forstwirtschaft nach Möglichkeit vermeiden,
- 1166 - ein Landesnaturschutzgesetz vorlegen, in dem die wirtschaftliche Freiheit respektiert
1167 wird und das zugleich die besondere Verantwortung der Naturnutzer betont. In
1168 diesem Gesetz werden wir vorrangig regeln, dass
- 1169 - die Verantwortung des Eigentums gestärkt wird,

- 1170 - das Planungsrecht vereinfacht wird,
- 1171 - die Eingriffs- und Ausgleichsregelungen harmonisiert werden,
- 1172 - das Vorkaufsrecht durch das Land abgeschafft wird.

1173

1174 *Klimawandel*

1175 Schleswig-Holstein ist als Land zwischen den Meeren existenziell von Klimaveränderung und
1176 Meeresspiegelanstieg betroffen. Der Küsten- und Hochwasserschutz ist für unser Land von
1177 herausragender Bedeutung und genießt daher bei uns absoluten Vorrang. Wir sind uns
1178 bewusst, dass Klimaschutz immer im Einklang mit allen Beteiligten vorangetrieben werden
1179 muss.

1180 Wir werden

- 1181 - unser Handeln weiter an dem Ziel , die Erwärmung der Atmosphäre auf 2° Celsius zu
1182 begrenzen, ausrichten,
- 1183 - überflüssige Bürokratie – z.B. beim Klimaschutzgesetz – beseitigen,
- 1184 - die bestehenden Möglichkeiten des Klimaschutzes auf Landesebene ausschöpfen.
1185 Dabei ist unser Ziel nach Möglichkeit bis zum Jahr 2050 ohne die fossilen
1186 Energieträger Kohle, Öl und Gas auszukommen.

1187

1188 Wir nehmen den Klimaschutz ernst. Dazu ist es unerlässlich nach einer umfassenden
1189 Bestandsaufnahme - von der energetischen Sanierung, über Energieerzeugung und –
1190 einsparung bis zum Straßenverkehr - die konkreten Kosten zu ermitteln und anschließend
1191 einen Maßnahmenplan zu erstellen. Ein Klimaschutzgesetz allein ist nur überflüssige
1192 Bürokratie und ersetzt kein politisches Handeln.

1193

1194 *Landwirtschaft von Morgen*

1195 Unsere Kulturlandschaft ist geprägt durch die Arbeit von Generationen von Landwirten. Die
1196 CDU bekennt sich zur heimischen Landwirtschaft und zur Leistung der Landwirte und
1197 vertraut auf deren gewissenhafte und verantwortungsvolle Arbeit. Sie setzt auf den Markt
1198 und den technischen Fortschritt. Sie versteht Freiheit nicht als Lizenz zum Missbrauch,
1199 sondern als Voraussetzung für die Entfaltung individueller Leistungen zum Wohl der
1200 Allgemeinheit.

1201 Für die CDU gehört zu den entscheidenden Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen für
1202 unsere Landwirte genauso eine verlässliche Agrarförderung über die erste und zweite Säule
1203 der EU-Agrarpolitik wie auch ihre unbürokratische Umsetzung.

1204 Deshalb werden wir:

- 1205 - eine Landwirtschaft fördern, die von Familien betrieben wird, von mittelständischen
1206 Betrieben mit einer breiten Eigentumsstreuung geprägt und regional verankert ist
1207 sowie flächendeckend wirtschaftet, deren tägliche Arbeit gesellschaftliche
1208 Anerkennung findet, die hochwertige und gesunde Nahrungsmittel zu angemessenen
1209 Preisen erzeugt und gleichzeitig von ihrer Arbeit leben kann,
- 1210 - eine Landwirtschaft unterstützen, die die natürlichen Ressourcen unter Beachtung der
1211 ethischen Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung nachhaltig nutzt,
- 1212 - unsere landwirtschaftlichen Betriebe dabei unterstützen, dass sie sich im nationalen,
1213 europäischen und internationalen Wettbewerb behaupten können, ohne dauerhaft auf
1214 staatliche Unterstützung angewiesen zu sein,
- 1215 - dazu beitragen, dass Landwirte auch heute hoffnungsvoll in die Zukunft blicken
1216 können und sie dafür die benötigte Planungssicherheit bei Investitionen erhalten,
- 1217 - dafür sorgen, dass die Umsetzung von EU-Vorgaben ohne Verschärfung eins zu eins
1218 erfolgen wird,
- 1219 - die landwirtschaftlichen Betrieben dabei unterstützen, dass sie Stück für Stück
1220 unabhängiger von Direktzahlungen werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen
1221 schon jetzt auf die Zeit nach 2020 vorbereitet werden, um dann auf EU-Zahlungen der
1222 ersten Säule nicht mehr vollumfänglich angewiesen zu sein,
- 1223 - nicht zulassen, dass der integrierte und ökologische Landwirtschaft gegeneinander
1224 ausgespielt werden. Der ökologische Landbau allein kann keine ausreichende
1225 Versorgung der Bevölkerung gewährleisten,
- 1226 - einen „dritten Weg“ zwischen Produktionssteigerung und ökologischem Landbau
1227 beschreiten. Im Kern geht es dabei um eine ökoeffiziente Lebensmittelerzeugung. Für
1228 die heimische Landwirtschaft bedeutet dies, dass neben einer umweltverträglichen,
1229 nachhaltigen Landbewirtschaftung auch die Energie- und Eiweißimporte eine
1230 vergleichbare Ökobilanz aufweisen müssen,
- 1231 - dafür eintreten, dass über Forschung und Fortschritt die Nachhaltigkeit in der
1232 Landwirtschaft gewährleistet wird. Dazu gehört auch eine praxistaugliche Umsetzung
1233 der Düngeverordnung, der Vorschriften für die Güllelagerung, aber auch praxisnahe
1234 Greening-Programm. Das Dünge- und Pflanzenschutzrecht sind so umzusetzen, dass
1235 die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe nicht zusätzlich
1236 geschwächt wird.

1237

1238 *Tierhaltung, Tierwohl und Tierschutz*

1239 Die gesellschaftliche Diskussion um die Tierhaltung hat sich verändert. Die notwendige
1240 Weiterentwicklung der zeitgemäßen Landwirtschaft dient dem Tierwohl. Dazu gehören auch
1241 die Sachkunde und die Qualifikation des Tierhalters. Diese muss im Rahmen der
1242 landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung sichergestellt werden.

1243 Wir werden weiter daran arbeiten, dass

- 1244 - das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen unterbleibt,
- 1245 - das Enthornen von Kälbern und die Kastration von Ferkeln ohne Schmerzausschaltung
1246 so schnell wie möglich beendet wird,
- 1247 - das massenhafte Töten männlicher Küken unterbleibt,
- 1248 - sich die Sicherstellung des Tierwohls auch in fairen Preisen für unsere Landwirte
1249 niederschlägt. Die Initiative Tierwohl ist ein Schritt in die richtige Richtung und muss
1250 ausgebaut werden,
- 1251 - unsere hauptsächlich ehrenamtlich geführten Tierheime weiterhin eine
1252 unverzichtbare Arbeit bei der Aufnahme und Versorgung von Tieren leisten können.
1253 Wir machen uns stark für ihre angemessene finanzielle Ausstattung und
1254 Unterstützung im Lande.

1255

1256 *Biodiversität*

1257 Die landwirtschaftliche Nutzung von Acker- und Grünland war ein wesentlicher Beitrag zur
1258 Entstehung unserer heutigen Kulturlandschaft und verbunden damit zur ökologischen
1259 Vielfalt von Flora und Fauna. Für den Erhalt dieser Biodiversität ist die landwirtschaftliche
1260 Nutzung von großer Bedeutung. Wir werden eine effiziente Biodiversitätsstrategie für
1261 Schleswig-Holstein entwickeln und umsetzen.

1262 In keinem anderen Bundesland ist der Flächenanteil der Landwirtschaftsfläche so hoch wie in
1263 Schleswig-Holstein.

1264 Wir werden

- 1265 - uns auf freiwilliger Basis und mit praxisnahen Programmen dafür einsetzen, dass bei
1266 der Flächennutzung Aspekte der Nachhaltigkeit und der Biodiversität stärker
1267 berücksichtigt werden. Moderne Landwirtschaft kann auch Naturschutz,
- 1268 - dafür sorgen, dass freiwillige Umweltsleistungen gesondert und erfolgsorientiert zu
1269 entlohnen sind. Die Zuwendungen müssen unkompliziert und einkommenswirksam
1270 bei den Landwirten ankommen,
- 1271 - bei den Agrar- und Umweltmaßnahmen u.a. bienenfreundliche Anbauverfahren und

- 1272 Maßnahmen besonders unterstützen,
- 1273 - dafür einsetzen, dass Düngung und Pflanzenschutz so gestaltet werden, dass das
1274 Grundwasser geschützt und die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleibt. Deshalb setzt die
1275 CDU bei der Lösung von Problemen auf modernste, innovative Technik wie etwa bei
1276 der punktgenauen und umweltfreundlichen Versorgung der Pflanzen,
- 1277 - in Anlehnung an das neue Düngemittelrecht in Schleswig-Holstein innovative
1278 Lösungen anzustreben, um in Regionen mit Nährstoffüberschüssen die in der Gülle
1279 enthaltenen Mineralien und Düngemittel aufzubereiten und anschließend
1280 sachgerecht zu verwerten,
- 1281 - eine allgemeine bundesweite Filterpflicht für große Anlagen der Schweinehaltung
1282 anstreben. Dies ist erforderlich, da eine Länderregelung für Schleswig-Holstein nur
1283 weitere Wettbewerbsnachteile mit sich bringen würde.
- 1284 - dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein Pferde- und Reiterland bleibt und die
1285 herausragende Bedeutung von Pferdezucht und –sport als Wirtschaftsfaktor auch
1286 zukünftig sichergestellt ist.

1287

1288 *Jagd*

1289 Die Jagd ist untrennbar mit unserer Kulturlandschaft verbunden. Dabei erbringen die Jäger
1290 freiwillige und finanzielle Leistungen im Interesse des Allgemeinwohls, so auch im Arten- und
1291 Biotopschutz. Die CDU erkennt dieses an.

1292 Wir werden

- 1293 - jüngst getroffene Einschränkungen der Jagdausübung und des Jagdrechtes in
1294 Schleswig-Holstein rückgängig machen. Dass auch juristische Personen – wie Vereine
1295 oder Organisationen – Flächen von der Jagdausübung befreien lassen können, ist nicht
1296 gerechtfertigt, bundesweit einmalig und wird daher von uns zurückgenommen,
- 1297 - zusammen mit den Jägern eine gesunde und dem Standort angepasste Wildbestände
1298 in Schleswig-Holstein anstreben,
- 1299 - die bisherige sehr gute Zusammenarbeit fortsetzen, um auch zukünftig die
1300 Kulturlandschaft zu schützen und die Biodiversität zu sichern. Weitere
1301 Einschränkungen im Jagdrecht und bei der Jagdausübung wird es mit uns nicht geben.

1302

1303 *Wald und Forstwirtschaft*

1304 Seit Jahrhunderten ist das forstwirtschaftliche Handeln von Nachhaltigkeit geprägt. Dabei
1305 wird nur soviel Holz dem Wald entnommen wie nachwächst. Forstwirtschaft bedeutet

1306 Naturschutz und ist zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Holz ist ein bedeutsamer
1307 regionaler und verbrauchernaher Rohstoff. Aufgrund vielfältiger Anforderungen ist
1308 Schleswig-Holstein heute das waldärmste Flächenland Deutschlands.

1309 Wir werden

- 1310 - daran festhalten, den Waldanteil deutlich zu erhöhen,
- 1311 - angesichts des Klimawandels standortgerechte Baumarten den standortheimischen
1312 vorzuziehen, weil sie mit der veränderten Situation am besten fertig werden. Eine
1313 einseitige Bevorzugung von Laubhölzern bei Anpflanzungen lehnen wir ab,
- 1314 - dafür sorgen, dass es auch morgen und übermorgen noch die benötigten
1315 Nadelholzsortimente aus heimischer Produktion gibt,
- 1316 - die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der schleswig-holsteinische Wald aktiv und
1317 gewinnbringend bewirtschaftet wird und nur in gerechtfertigten Ausnahmefällen aus
1318 der Nutzung genommen werden,
- 1319 - Gewinn und Gemeinwohlleistungen der Landesforsten in Gleichklang bringen. Wir
1320 werden keine Abstriche an den bisherigen Gemeinwohlleistungen vornehmen und
1321 stattdessen anstreben, dass die Aufwendungen für Gemeinwohlleistungen künftig
1322 vollständig durch Gewinne aus der Waldbewirtschaftung gedeckt werden, so dass es
1323 keiner Zuschüsse aus Steuermitteln mehr bedarf.

1324

1325 *Fischerei*

1326 Die Fischerei hat im Land und zwischen Nord- und Ostsee Tradition und ist ein
1327 charakteristischer Bestandteil unserer Landeskultur. Fisch gehört zu den gesunden und
1328 ursprünglichen Lebensmitteln. Daher gilt es die Fischerei nachhaltig – unter Beachtung
1329 ökologischer, ökonomischer, und sozialer Aspekte – weiter zu entwickeln. Auch in der
1330 Zukunft soll uns die Fischerei mit gesunden und heimischen Nahrungsmitteln versorgen.

1331 Wir werden

- 1332 - uns weiter dafür einsetzen, die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Fischerei zu
1333 sichern und zu verbessern. Bestehende Belastungen von Betrieben der
1334 Binnenfischerei und der Aquakultur gilt es vorurteilsfrei zu analysieren,
- 1335 - uns für einen sachgerechten Ausgleich auf der Grundlage wissenschaftlicher Daten
1336 aussprechen,
- 1337 - die fischereiliche Forschung besonders mit Hilfe europäischer Fördermittel weiter
1338 stärken,
- 1339 - die Weiterentwicklung von Aquakulturanlagen, die zunehmend den Bedarf an Fisch

1340 decken können, ohne die Umwelt wesentlich zu beeinträchtigen, unterstützen,
1341 - die Nutzung von Nationalparkflächen für die Muschelfischerei auf einer verlässlichen
1342 Grundlage erhalten,

1343

1344 KOMMUNEN

1345 *Wir stellen den kommunalen Finanzausgleich auf eine fundierte Basis*

1346 Die Aufgaben der kreisfreien Städte, der Kreise, der kreisangehörigen Städte und der
1347 Gemeinden haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Besonders die Aufgaben, die
1348 sich aus einer veränderten Daseinsvorsorge ergeben, bedürfen im kommunalen
1349 Finanzausgleich einer neuen Betrachtungsweise und in Folge einer entsprechenden
1350 Mittelbereitstellung. Unabhängig von der Entscheidung des Landesverfassungsgerichts wird
1351 die CDU den kommunalen Finanzausgleich auf eine fundierte Basis stellen.

1352 Deshalb werden wir:

1353 - in einer finanzwissenschaftlichen Analyse den konkreten Finanzbedarf der Kommunen
1354 durch neutrale Sachverständige ermitteln lassen und ebenso die Verteilung der
1355 Ausgleichsmasse an wissenschaftlichen Kriterien ausrichten und so die Versäumnisse
1356 der jetzigen Landesregierung korrigieren.

1357

1358 *Wir werden Systemänderungen im Kommunalwahlrecht umsetzen*

1359 Die Zersplitterung der kommunalen Vertretungskörperschaften zur Kommunalwahl 2013 ist
1360 in erster Linie eine Folge des Wegfalls der 5%-Sperrklausel. Die Handlungsfähigkeit der
1361 gewählten Vertretungskörperschaften auf kommunaler Ebene muss wiederhergestellt
1362 werden. Dies bedeutet, dass das Wahlrecht die Schaffung von Mehrheiten nicht verhindern
1363 darf und dass eine zu kleinteilige Zersplitterung von Kreistagen und Ratsversammlungen
1364 verhindert werden muss.

1365

1366 Deshalb werden wir:

- 1367 - das Kommunalwahlrecht so anpassen, dass die Bildung von Mehrheiten wieder
- 1368 möglich wird. Hierzu werden wir zu dem bewährten System von d'Hondt für die
- 1369 Verteilung der Mandate zurückkehren.
- 1370 - für Kommunalwahlen eine Sperrklausel von 4 Prozent einführen.

1371

1372 *Wir werden der kommunalen Ebene die Regionalplanung zurückgeben*

1373 Die Bedeutung der Regionalplanung ist für die Entwicklung von Städten und Gemeinden von
1374 zentraler Bedeutung. Gleichzeitig kennen Städte und Gemeinden selbst die aktuellen Bedarfe
1375 vor Ort am besten. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Diese Kommunalisierung sichert die
1376 Zukunftsfestigkeit der Planung und berücksichtigt und erhöht die Akzeptanz der Planungen
1377 in Städten und Gemeinden.

1378 Deshalb werden wir:

- 1379 - der kommunalen Ebene die Verantwortung der Fortschreibung der Regionalpläne
- 1380 zurückgeben, um diese wieder näher an die Bedarfe und die Realität vor Ort
- 1381 anzupassen.

1382

1383 *Wir passen den Landesentwicklungsplan so an, dass der kommunalen Entwicklung Rechnung*
1384 *getragen wird*

1385 Kommunen brauchen Flexibilität, um ihre vorhandenen Potenziale nutzen zu können.
1386 Infrastruktur muss auf Entwicklungen angepasst werden können sein. Dies gilt für ihre
1387 wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie für die Schaffung von Wohnraum. Die bisherigen
1388 Regelungen der Landesplanung haben sich hierbei als zu starr herausgestellt, um auf aktuelle
1389 Erfordernisse zu reagieren. Die CDU wird den Landesentwicklungsplan deshalb so anpassen,
1390 dass die Gemeinden mehr Spielraum bei der eigenverantwortlichen Entwicklung erhalten.
1391 Verantwortung vor Ort muss gestärkt werden. Nicht mehr sondern weniger Vorgaben von
1392 Oben sind der Handlungsmaßstab.

1393 Deshalb werden wir

- 1394 - die Flexibilität bei der wirtschaftlichen und wohnbaulichen Entwicklung erhöhen und
- 1395 bürokratische Hürden abbauen,
- 1396 - den Kommunen wieder freistellen, ob sie Anliegerbeiträge bei
- 1397 Straßenausbaumaßnahmen einfordern.

1398

1399 *Wir erteilen Großgemeinden eine klare Absage*

1400 Die Kommunen in Schleswig-Holstein sind ein Erfolgsmodell, diese bewährten Strukturen
1401 tragen maßgeblich die Gemeinschaft in unseren Kommunen. Dies gilt für große Städte
1402 ebenso wie für kleine Gemeinden. Einem Zwang zur Bildung von Großgemeinden erteilt die
1403 CDU eine klare Absage.

1404 Deshalb werden wir:

1405 - die vorhandenen Kooperationsmodelle auf Verwaltungsebene fortentwickeln.

1406

1407 *Wir werden neue Formen für ÖPP-Projekte schaffen*

1408 Öffentlich-Private-Partnerschaften sind ein wichtiges Modell für die kommunale Entwicklung
1409 und stellen eine Alternative zu einer rein öffentlich gestalteten Projektrealisierung dar. Sie
1410 sind zu einer festen Komponente für Investitionsentscheidungen sowohl auf landes- wie auch
1411 auf kommunaler Ebene geworden.

1412 Deshalb werden wir

1413 - alle Möglichkeiten nutzen, um Kommunen solche Partnerschaften zu erleichtern. Dies
1414 gilt nicht nur für „klassische“ ÖPP-Projekte. Auch für neue Formen öffentlich-privater
1415 Kooperationen werden wir Realisierungsmöglichkeiten schaffen,

1416 - beim Land eine Beratungsinstanz schaffen, um die Kommunen bei diesen Projekten zu
1417 unterstützen.

1418

1419 *Bezahlbarer Wohnraum für alle*

1420 Wohnraum wird in vielen Teilen des Landes stetig teurer. Vor allem im Hamburger Umland,
1421 aber auch in Städten wie Kiel und Lübeck, haben vor allem Haushalte mit geringem
1422 Einkommen Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Sicherung der Bezahlbarkeit
1423 von Wohnraum kann im Land nur gelingen, wenn sichergestellt ist, dass ausreichend
1424 Wohnraum für die Menschen zur Verfügung steht. Deshalb müssen Anreize zur Schaffung
1425 von neuem bezahlbarem Wohnraum gesetzt und Investitionshemmnisse effektiv abgebaut
1426 werden.

1427 Deshalb werden wir:

1428 - die Wohnraumförderung so ausrichten, dass die Bezahlbarkeit von Wohnraum
1429 insgesamt erhalten bleibt. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum besteht nicht nur
1430 für Menschen mit geringen Einkommen. Bezahlbarer Wohnraum muss auch außerhalb
1431 der Belegungsbindung erhalten und geschaffen werden,

1432 - die im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Grenzen der wohnbaulichen

- 1433 Entwicklung in Regionen mit erhöhter Wohnraumnachfrage an die realen
1434 Erfordernisse anpassen und damit ermöglichen, dass Wohnraum dort, wo er benötigt
1435 wird, geschaffen werden kann,
- 1436 - die interkommunale Kooperation zur Fortentwicklung von Städten und Gemeinden
1437 stärken und damit den Kommunen die notwendige Flexibilität bei der
1438 Wohnraumschaffung ermöglichen,
 - 1439 - die Schaffung von Eigenheimen als nachhaltigen Faktor zur Preisstabilität und als
1440 Beitrag zur Alterssicherung weiter voranbringen. Hierzu gehören auch
1441 Fördermaßnahmen als Eigenkapitalersatz in Form von Nachrangdarlehen oder
1442 Garantien,
 - 1443 - den sozialen Wohnungsbau als Säule der Wohnbauförderung erhalten. Dabei sollen
1444 verstärkt die Möglichkeiten genutzt werden, auch bestehenden Wohnraum in die
1445 Belegungsbindung einzubeziehen,
 - 1446 - die Auswirkungen des demographischen Wandels bereits heute umfassend bei den
1447 Planungen für die Zukunft berücksichtigen. Hierzu gehört unter anderem die Analyse
1448 des Bedarfs an alten- und behindertengerechten Wohnungen, damit auch für ältere
1449 Menschen und Menschen mit Behinderung in allen Regionen des Landes passender
1450 Wohnraum zur Verfügung steht,
 - 1451 - die Kappungsgrenzenverordnung und die Verordnung zur sog. Mietpreisbremse
1452 aufheben, da diese nicht nur keine mietpreisstabilisierende Wirkung haben, sondern
1453 im Gegenteil sogar zu Preissteigerungen führen.

1454

1455 EUROPA

1456 *Schleswig-Holstein in Europa*

1457 Schleswig-Holstein ist als Teil Europas von Entscheidungen der Europäischen Union stets
1458 direkt oder indirekt betroffen. Sie setzen häufig den Rahmen für die
1459 Gestaltungsmöglichkeiten der Landespolitik.

1460 Deshalb werden wir:

- 1461 - das Hanse Office, unsere Landesvertretung in Brüssel (gemeinsam mit Hamburg)
1462 weiter stärken, um frühzeitig Themen, die für Schleswig-Holstein wichtig sind,
1463 aufgreifen und beeinflussen zu können,
- 1464 - bei der Umsetzung des EU-Rechts im Land streng darauf achten, dass Vorgaben nur
1465 1:1 umgesetzt werden und alle Spielräume für eine möglichst wenig belastende
1466 Umsetzung genutzt werden,

- 1467 - die europäischen Förderprogramme effizient nutzen und deren Kofinanzierung
1468 sicherstellen.

1469

1470 *Schleswig-Holstein, das Land zwischen Nord-und Ostsee*

1471 Als Land zwischen den Meeren ist die Nord- und Ostseepolitik für Schleswig-Holstein von
1472 großer Bedeutung. Sie ist Standortpolitik.

1473 Deshalb werden wir

- 1474 - die Ostseekooperationen in allen Bereichen und Gremien weiter stärken und für eine
1475 gemeinsame abgestimmte Ostseestrategie der norddeutschen Bundesländer werben,
1476 - uns auf europäischer Ebene intensiv für eine eigene europäische Strategie für den
1477 Bereich der Nordsee einsetzen.

1478

1479 *Schleswig-Holstein und Dänemark*

1480 Dänemark ist für Schleswig-Holstein der wichtigste Partner in Skandinavien und im
1481 Ostseeraum.

1482 Deshalb werden wir

- 1483 - die vorhandenen Strategien zur Zusammenarbeit gemeinsam mit Dänemark weiter
1484 anpassen und umsetzen,
1485 - den in dieser Wahlperiode offenkundig gewordenen Trend für weniger Kooperationen
1486 wieder umkehren,
1487 - INTERREG-Mittel effizient nutzen um Wachstum, Beschäftigung, Forschung und
1488 Entwicklung in den Grenzregionen zu fördern,
1489 - Hindernisse für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt weiter abbauen und die
1490 Anerkennung grenzüberschreitender Berufsabschlüsse vorantreiben,
1491 - Städtepartnerschaften und Schüleraustauschprogramme stärker unterstützen,
1492 - analog der deutsch-dänischen Verkehrskommission ein Gremium schaffen, das
1493 regelmäßig zur Abstimmung aller Politikfelder tagt,
1494 - die kommunalen/regionalen grenzüberschreitenden Kooperationen stärken,
1495 beispielgebend kann hier die Eurodistriktregion Straßburg-Ortenau sein.

1496

1497 *Schleswig-Holstein mit Brückenfunktion im Ostseeraum*

1498 Die enge geographische Verbundenheit von Hamburg, Dänemark und Schleswig-Holstein, die

1499 Ostseeregion als gemeinsamer Entwicklungsraum mit hoher Zukunftsfähigkeit und die
1500 Nordsee als Tor zur Welt sind konstituierende Elemente für eine enge Kooperation im
1501 Norden. Beleg dafür sind die vielfältigen bereits geschaffenen und bestehenden regionalen
1502 und thematischen Verflechtungen und Netzwerke.

1503 Wir werden

- 1504 - die Entwicklung der länderübergreifenden Verkehrsrouten kraftvoll vorantreiben,
- 1505 - uns entschlossen für eine abgestimmte, gemeinsame Ostseestrategie einsetzen,
- 1506 - die enge, staatsvertraglich geregelte Kooperation mit der Hansestadt Hamburg
1507 suchen,
- 1508 - Hamburg und Dänemark zur Schaffung einer „Allianz für den Norden“ einladen.

1509

1510 *Flüchtlingspolitik*

1511 Der Schutz von Menschen, die aus ihrer Heimat vor Verfolgung und Tod fliehen, ist eine
1512 humanitäre Verantwortung, zu der sich die CDU Schleswig-Holstein ausdrücklich bekennt.

1513 Mit Blick auf die notwendige Leistungsfähigkeit und Akzeptanz vor Ort unterscheiden wir
1514 konsequent zwischen Flüchtlingen, die aus Bürgerkriegsländern oder vor Verfolgung aus
1515 Angst um Leib und Leben geflohen sind, und denjenigen, die aus sicheren Herkunftsstaaten
1516 kommen, in denen es keine Verfolgung gibt, weil sie sich bei uns eine bessere
1517 Lebensperspektive erhoffen.

1518 Deshalb werden wir

- 1519 - für alle Asylsuchenden und Flüchtlinge die Ankunftszentren zu
1520 „Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge“ (LAF) weiterentwickeln, in denen
1521 alle beteiligten Behörden und Verwaltungsgerichte zusammenarbeiten. Hier werden
1522 alle Maßnahmen und Leistungen bis zum Abschluss des Anerkennungsverfahrens
1523 gebündelt,
- 1524 - in diesen Landeskompetenzzentren mit Asylbewerbern und Flüchtlingen mit guter
1525 Bleibeperspektive erste Maßnahmen zur Feststellung ihrer Kompetenzen und
1526 Bedürfnisse vornehmen. Sie verbleiben in diesen LAF mindestens sechs Wochen, um
1527 ihnen vor der Verteilung in die Kommunen eine Erstorientierung zu ermöglichen,
- 1528 - sicherstellen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende ohne Bleibeperspektive direkt aus
1529 den Landeskompetenzzentren heraus wieder ausreisen oder zurückgeführt werden,
- 1530 - mit einem zentralen Management Rückführungen besser organisieren,

1531 - alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Ausreisepflicht von Menschen
1532 ohne Bleiberecht durchzusetzen. Hierzu gehören auch die Abschiebehaft und der
1533 Ausreisegewahrsam,

1534 - ausreichend Personal an unseren Verwaltungsgerichten bereitstellen, damit alle
1535 Asylsuchenden schneller als bisher Klarheit über ihre Bleibeperspektive erhalten.

1536

1537 *Integration*

1538 Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Unsere Gesellschaft gründet sich auf eine
1539 Leitkultur, die geprägt ist von unserer demokratischen Grundordnung, dem staatlichen
1540 Gewaltmonopol, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Freiheit des Glaubens und
1541 der Religion und der Presse- und Meinungsfreiheit. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit
1542 lehnen wir ab.

1543 Wir erwarten von den Menschen, die zu uns kommen, dass sie unsere Werte und Normen
1544 akzeptieren. Integration ist eine Holschuld des Einzelnen und keineswegs nur eine
1545 Bringschuld der Gemeinschaft.

1546 Deshalb werden wir

1547 - ein verbindliches Landesintegrationsgesetz einführen, das Fördermaßnahmen ebenso
1548 regelt wie Sanktionen, die greifen, wenn die Integration verweigert wird,

1549 - Sprachkurse in den Landeskompentenzentren bereits vom ersten Tag an sicherstellen,

1550 - in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Programm zur Integration
1551 von Flüchtlingskindern in Kindertagesstätten erarbeiten,

1552 - die Ausbildung der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) weiter ausbauen
1553 und insbesondere Lehrkräfte mit Migrationshintergrund motivieren, als DaZ-Lehrkraft
1554 tätig zu sein,

1555 - festlegen, dass das Wissen über andere Religionen nicht allein dem
1556 Religionsunterricht vorbehalten bleibt, sondern auch im Gemeinschaftsunterricht
1557 verankert wird.

1558

1559 Wir sind überzeugt: Arbeit schafft beste Integrationsperspektiven, deshalb werden wir

1560 - berufliche und schulische Qualifikationen der Flüchtlinge und Asylsuchenden bereits
1561 vor der Verteilung in die Kommunen klären,

1562 - volljährigen Flüchtlingen bis 25 Jahre den Zugang zur Berufsschule ermöglichen, um
1563 auch sie in das duale Berufsausbildungssystem zu integrieren und ihnen einen
1564 Schulabschluss zu ermöglichen,

- 1565 - die Kreise und kreisfreien Städte dabei unterstützen, gemeinsam mit der
1566 Bundesagentur für Arbeit, für arbeitsfähige Asylbewerber ein Eingliederungskonzept
1567 in den Arbeitsmarkt zu erstellen,
- 1568 - in Abstimmung mit den Hochschulen, mit Arbeitgeber- und
1569 Arbeitnehmervertretungen sowie der Bundesagentur für Arbeit Modelle entwickeln,
1570 wie im Ausland erworbene Ausbildungs- und Studienleistungen ganz oder teilweise
1571 angerechnet werden können, damit Flüchtlinge und Asylsuchende ihre begonnene
1572 Ausbildung in Schleswig-Holstein fortsetzen können.

1573

1574

1575 **Kapitel 4 | Sichere Arbeit**

1576 Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land Arbeit finden und die Unternehmen in
1577 unserem Land verlässliche und gute Rahmenbedingungen finden. Dazu gehört eine gut
1578 ausgebaute Infrastruktur. Es ist eines unser Kernziele, diese in den nächsten Jahren mit einer
1579 neuen Dynamik zu ertüchtigen.

1580

1581 *Soziale Marktwirtschaft: Garant für Wohlstand*

1582 Mit der Sozialen Marktwirtschaft verfügen wir über die richtige Basis, um im globalen
1583 Wettbewerb bestehen zu können – nur eine starke Wirtschaft bietet sichere Arbeit. Die CDU
1584 Schleswig-Holstein weiß um die besondere Verantwortung der Wirtschaft. Eine moderne,
1585 offene Unternehmenskultur orientiert sich an den Bedürfnissen der Mitarbeiter und bezieht
1586 diese bei Entscheidungen mit ein. Eine zukunftsweisende Unternehmenskultur unterstützt
1587 sowohl den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen Betriebes und prägt auch
1588 einen Wirtschaftsraum wie die „Wirtschaftsregion Nord“ in seiner positiven
1589 gesellschaftlichen Entwicklung. Eine gleichsam moderne wie erfolgreiche Soziale
1590 Marktwirtschaft ist das unser Ziel.

1591 Deshalb werden wir

- 1592 - mit Wirtschaftsvertretern im ständigen konstruktiven Austausch stehen,
1593 - Mittelstandspolitik zum Kern unseres Handelns machen,
1594 - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern,
1595 - Moral und Gewissen im unternehmerischen Wirken einfordern.

1596

1597 *Gut und sicher arbeiten in Schleswig-Holstein – für eine moderne Arbeitswelt*

1598 Digitalisierung, demografische Entwicklung, Verdichtung von Arbeitsprozessen und

1599 vielfältige Lebens- und Familienformen beeinflussen unsere Arbeitswelt. Eine große
1600 Herausforderung liegt darin, diese Veränderungen zum Wohle unserer Beschäftigten als
1601 Chance zu nutzen, einen Qualitätssprung hin zur modernen und sicheren Arbeitswelt zu
1602 schaffen und gleichzeitig unsere Wirtschaft im Wettbewerb um die besten Köpfe zu
1603 unterstützen.

1604 Wir werden

- 1605 - unsere mittelständische Wirtschaft dabei unterstützen, sichere Arbeitsplätze zu
1606 schaffen und Arbeitsbedingungen vorzuhalten, die den individuellen
1607 Lebensansprüchen gerecht werden,
- 1608 - Anreize für eine verantwortungsvolle und innovative Unternehmenskultur schaffen.

1609

1610 *Wirtschaft 4.0*

1611 Die Digitalisierung der Wirtschaft schreitet unaufhaltsam voran. Nicht nur die Industrie,
1612 sondern alle Teile der Wirtschaft werden durch diese Entwicklung verändert. Deshalb gilt es,
1613 die fortschreitende Digitalisierung der gesamten Wirtschaft zu begleiten und zu gestalten.
1614 Der Begriff „Industrie 4.0“ greift zu kurz. Wir sprechen von „Wirtschaft 4.0“. Wir sind
1615 überzeugt, dass das entscheidende Element für die Sicherung unserer nationalen und
1616 internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Entwicklung neuer Anwendungen und
1617 Geschäftsmodelle der konsequente Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze ist. Schleswig-
1618 Holstein hat hier immer noch einen großen Nachholbedarf.

1619 Wir werden

- 1620 - eine umfassende Digitalisierungsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln und eine
1621 Digitale Agenda mit Hochdruck und systematisch vorantreiben,
- 1622 - den Ausbau des schnellen Internets, insbesondere im ländlichen Raum, zügiger
1623 vorantreiben und dabei insbesondere auf die Glasfaser-Technik setzen. Ziel muss eine
1624 flächendeckende Verfügbarkeit bis 2025 sein,
- 1625 - bei jedem Infrastrukturvorhaben die Digitalisierung mitbedenken,
- 1626 - um die Chancen der Digitalisierung besser nutzen zu können, mehr in Bildung
1627 investieren: Digitale Kompetenz muss als Schlüsselqualifikation begriffen und
1628 umfassend vermittelt werden – in Schulen, in Hochschulen und in beruflicher Aus-
1629 und Weiterbildung,
- 1630 - Schleswig-Holstein zu einem Pionierland der digitalen Transformation machen und es
1631 unseren Unternehmern ermöglichen, durch Digitalisierung einen festen Platz in
1632 Deutschland, Europa und der Welt zu finden.

1633

1634 *Digitalisierung der Arbeitswelt nutzen*

1635 Die Allzeitverfügbarkeit von Daten, eine weltweite Kommunikation in Echtzeit und neue
1636 selbständige Beschäftigungsformen sind nur einige Veränderungen, die die Digitalisierung
1637 der Arbeitswelt mit sich bringt. Auf der einen Seite bietet dies die Möglichkeit, räumlich und
1638 zeitlich flexibel zu arbeiten, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, einer Vermischung von
1639 Arbeits- und privater Zeit zu Lasten einer ausgewogenen Work-Life-Balance.

1640 Wir werden

- 1641 - uns dafür stark machen, dass unsere Unternehmen flexible und verlässliche
- 1642 Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitregelungen einführen können, die den
- 1643 individuellen Arbeitsweisen der Beschäftigten und den Bedürfnissen der einzelnen
- 1644 Unternehmen gerecht werden,
- 1645 - Wertschöpfung durch Open Data aktiv fördern und mehren,
- 1646 - die öffentliche Verwaltung dabei zum Vorbild machen,
- 1647 - die Digitalisierung verantwortlich gestalten.

1648

1649 *Industrie in Schleswig-Holstein*

1650 Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft in Schleswig-Holstein und sorgt im
1651 besonderen Maße für wirtschaftliche Stabilität. Gleichzeitig weist Schleswig-Holstein in der
1652 industriellen Entwicklung unterdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Auffällig ist, dass
1653 industrielle Ansiedlungen ein starkes Süd-Nord-Gefälle aufweisen. Zwei Drittel der Betriebe
1654 des verarbeitenden Gewerbes befinden sich im südlichen Landesteil. Um den
1655 Industriestandort Schleswig-Holstein zu ertüchtigen, bedarf es besserer
1656 Standortbedingungen. Die relevanten Standortfaktoren für bessere Rahmenbedingungen
1657 sind Glasfasertechnik, Energieversorgung, Fachkräftesituation, verkehrlicher Erreichbarkeit,
1658 Flächenangebot, Verwaltungsaufgaben, Genehmigungsverfahren und Bürokratiehemmnisse.
1659 Die von der SPD geführte Landesregierung verfügt über keine zielführende Industriepolitik –
1660 allein die Kompetenzverteilung zum Thema Industrie auf mehrere Ministerien belegt die
1661 völlig falsche industriepolitische Ausrichtung der jetzigen Landesregierung.

1662 Der Industriestandort Schleswig-Holstein muss ertüchtigt werden. Deshalb werden wir

- 1663 - die Industriekompetenz im Wirtschaftsministerium stärken,
- 1664 - eine umfassende Digitalisierungsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1665 - auf den konsequenten und schnellen Ausbau von Glasfasertechnik setzen,
- 1666 - die industrielle Entwicklung an den wichtigen Verkehrsachsen vorantreiben,
- 1667 - die Innovationsdynamik und den Technologietransfer verbessern,

- 1668 - Bürokratie und Verwaltungsaufwand zurückdrängen,
1669 - die Standortfaktoren stärken, damit Schleswig-Holstein als Land für Neuansiedlungen
1670 von Unternehmen wieder attraktiver wird,

1671

1672 *Lust auf Unternehmertum: Gründung und Betriebsnachfolge erleichtern*

1673 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zeichnet sich durch viele inhabergeführte Unternehmen aus,
1674 die sich täglich mit großem Engagement und Leidenschaft für ihr Unternehmen einsetzen
1675 und für Arbeit und Beschäftigung sowie für Innovationen und Fortschritt sorgen. Leider gerät
1676 dieser Mittelstand zunehmend unter Druck, denn es fehlen Fachkräfte und
1677 Betriebsnachfolger. Zudem ließ in den vergangenen fünf Jahren die Innovationsdynamik
1678 spürbar nach und liegt mittlerweile unter dem Bundesdurchschnitt.

1679 Wir wollen in Schleswig-Holstein wieder Lust auf Gründung und Selbstständigkeit wecken.

1680 Wir werden

- 1681 - dem Unternehmertum die fehlende politische und gesellschaftliche Wertschätzung
1682 zurückgeben,
1683 - die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen in Schulen und Hochschulen stärker
1684 verankern,
1685 - die bestehende Förderlandschaft weiter ausbauen und den Zugang zu Wagnis- und
1686 Beteiligungskapital sowohl in der Gründungsphase als auch in der Wachstumsphase
1687 zu erleichtern,
1688 - die Dauer von Verfahren zur Gründung von Unternehmen verkürzen,
1689 - bestehende Hürden bei Unternehmensgründungen von Migranten durch eine gezielte
1690 Qualifikationsoffensive fördern und damit neue Existenzgründer gewinnen,
1691 - Kooperationsmodelle für Innovationen schaffen, indem wir Zugang zu
1692 Finanzierungsmöglichkeiten verbessern und Zulassungsverfahren wie
1693 Genehmigungsverfahren erleichtern,
1694 - den Innovations- und Technologietransfer stärken.

1695

1696 *Maritime Wirtschaft*

1697 Die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein braucht einen Investitionsschub. Häfen und
1698 Werften prägen nicht nur unsere Küstenregionen, sondern sind auch ein bedeutender
1699 Wirtschaftsfaktor. Seit Jahrzehnten wurde die maritime Verkehrsinfrastruktur auf Verschleiß
1700 gefahren. Deshalb hat der Bund bereits 2014 500 Mio. Euro für die 5. Schleusenkammer des
1701 Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel bereitgestellt. Darüber hinaus sieht der

1702 Bundesverkehrswegeplan 2015-2030 weitere rund 940 Mio. Euro für die Ertüchtigung des
1703 Nord-Ostsee-Kanals und die Vertiefung der Unter- und Außenelbe vor, die zeitnah eingesetzt
1704 werden müssen. Der Hamburger Hafen ist einer der größten Arbeitgeber in Schleswig-
1705 Holstein. Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsposition der Schleswig-Holsteinischen Häfen –
1706 auch gemeinsam mit Hamburg - zu verbessern. Dafür ist die Hafenkooperation Unterelbe ein
1707 gutes Beispiel.

1708 Wir werden

- 1709 - das strategische Leitbild des schleswig-Holsteinischen Hafensystems 2025 in enger
1710 Abstimmung mit unseren Häfen umsetzen, damit unsere Häfen sich als System nach
1711 Hamburg und Bremen als drittgrößte Universalhafengruppe mit einem angestrebten
1712 Gesamtumschlag von über 70 Millionen Tonnen etablieren können,
- 1713 - die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen auch nach Einführung der verschärften
1714 Emissions-Grenzwerte ab 2015 sicherstellen,
- 1715 - den Ausbau des NOK und die Elbvertiefung konstruktiv begleiten,
- 1716 - die Wettbewerbsfähigkeit und Erreichbarkeit der schleswig-holsteinischen Häfen
1717 stärken,
- 1718 - gemeinsam mit den norddeutschen Ländern und dem Bund eine Strategie für den
1719 Aufbau und die Nutzung von Flüssiggas (LNG-Strategie) entwickeln,
- 1720 - uns dafür einsetzen, dass Brunsbüttel zum Standort des ersten LNG-Terminals und
1721 Mehrzweckpiers wird,
- 1722 - gemeinsam mit der maritimen Wirtschaft und den Sozialpartnern konkrete
1723 Maßnahmen zur Sicherung des beruflichen Nachwuchses zu entwickeln,
- 1724 - dem Ausbau und der Anbindung der schleswig-holsteinischen Häfen über land- und
1725 seeseitige Zufahrten weiterhin eine hohe Priorität einräumen und dabei auch die
1726 Belange der Kreuzfahrt- und Fährtouristen berücksichtigen,
- 1727 - mit der Deutsche Bahn AG Gespräche führen, wie eine bessere Anbindung der
1728 schleswig-holsteinischen Kreuzfahrtterminals an das Netz der Bahn erreicht werden
1729 und die Bahnhöfe in der Nähe der Kreuzfahrtterminals für ausländische Touristen
1730 attraktiver gestaltet werden können,
- 1731 - den nordfriesischen Inseltourismus stärken, indem wir die Häfen bei notwendigen
1732 Ausbaumaßnahmen unterstützen werden.

1733

1734 *Mobil in die Zukunft*

1735 Seit 2012 ist die Uneinigkeit der Koalitionspartner der bestimmende Faktor in der

1736 Verkehrspolitik der Landesregierung. Diese führt nachhaltig zu einem zunehmenden
1737 Stillstand der verkehrlichen Entwicklung in unserem Land. Durch diese Uneinigkeit und
1738 Tatenlosigkeit sank seit 2012 der durch den Bund bereitgestellte Verfügungsrahmen für
1739 Straßenbauprojekte kontinuierlich um 15 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass der
1740 Landesbetrieb nicht über genügend Planungskapazität verfügt, um die dringend notwendigen
1741 Infrastrukturprojekte zeitnah und effektiv umzusetzen.

1742 Deshalb werden wir

- 1743 - den politischen Stillstand beenden und die Infrastruktur an den Erfordernissen der
1744 Menschen und der Wirtschaft ausrichten,
- 1745 - den Landesbetrieb für Verkehr und Straßenbau stärken, indem wir die
1746 Planungskapazitäten durch mehr Personal, Technik und strukturierte
1747 Entscheidungswege verbessern und erweitern,
- 1748 - den Landesbetrieb für Verkehr und Straßenbau durch Kooperationen bei
1749 Planungsvorhaben entlasten.

1750

1751 *Straßen sind das Rückgrat unseres Wohlstands*

1752 Ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist auf ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und
1753 intaktes Straßennetz angewiesen. Der Ausbau und der Erhalt dürfen nicht aus ideologischen
1754 Gründen scheitern. Ohne ein intaktes Straßennetz werden der Wirtschafts- und insbesondere
1755 der Logistikstandort Schleswig-Holstein weiter an Attraktivität verlieren.

1756 Wir werden

- 1757 - bei nationalen und internationalen Verkehrsprojekten Treiber zügiger Entscheidungen
1758 sein, um Infrastrukturprojekt in ihrer Fertigstellung zu beschleunigen,
- 1759 - die Planungen für die A 20 konsequent abschließen und Baureife schaffen. Dazu
1760 werden wir mit dem Bund konkrete Schritte vereinbaren,
- 1761 - die Planungen für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung konsequent
1762 abschließen und Baureife schaffen. Das sind wir unseren dänischen Freunden und
1763 Partnern Vertragstreue schuldig.
- 1764 - den weiteren Ausbau der Infrastruktur an der Westküste vorantreiben. Dazu werden
1765 wir die B5 so ertüchtigen, dass die touristischen Attraktionen und Unterkünfte besser,
1766 schneller und sicherer von unseren Gästen erreicht werden können,
- 1767 - die B404 zur A21 ausbauen,
- 1768 - die Planungen und Neubau der Rader Hochbrücke konsequent unterstützen und
1769 vorantreiben.

- 1770 - mindestens 90 Millionen Euro pro Jahr für den Abbau des Sanierungsstaus bei den
1771 Landesstraßen bereitstellen,
- 1772 - die Abhängigkeit von Haushaltsjahren beenden und ein verlässliches
1773 Sanierungsprogramm über mehrere Jahre aufstellen,
- 1774 - zudem überprüfen, ob die gewählte Priorisierung der Landesregierung allen Regionen
1775 gleichermaßen gerecht geworden ist. Wir stehen für gleiche Lebensverhältnisse
1776 überall im Land.

1777

1778 *Leistungsfähige kommunale Straßen*

1779 Nicht nur die Landesstraßen, sondern auch die Straßen in kommunaler Trägerschaft befinden
1780 sich in einem überwiegend schlechten Zustand. Sie werden den Anforderungen an ein
1781 zukunftsorientiertes Verkehrsnetz nicht mehr gerecht. Es ist notwendig, den Kommunen
1782 wieder mehr Geld mit einem Schwerpunkt auf kommunale Straßenbauprojekte zur Verfügung
1783 zu stellen. Angesichts der zu erwartenden Zuwächse im Personen- und Güterverkehr bedarf
1784 es auch in die kommunalen Straßen erheblicher Investitionen, um den „Schlaglochwahnsinn“
1785 zu beenden.

1786 Wir werden

- 1787 - schon ab 2017 einen klaren Schwerpunkt von mindestens 70 : 30 für die Unterhaltung
1788 und Sanierung der kommunalen Straßen aus Mitteln des Entflechtungsgesetzes des
1789 Bundes bis 2019 setzen,
- 1790 - mit dem Bund über eine Nachfolgeregelung des Entflechtungsgesetzes nach 2019
1791 verhandeln, damit die Kommunen ihre Planungssicherheit über 2019 hinaus
1792 gewinnen,
- 1793 - den Stillstand beim kommunalen Straßenbau auflösen und dafür Sorge tragen, dass
1794 die Mittel gezielt in die Erhaltung der kommunalen Infrastruktur einfließen.

1795

1796 *Luftverkehrsinfrastruktur*

1797 Schleswig-Holstein ist auf eine gute Anbindung an den überregionalen Luftverkehr
1798 angewiesen.

1799 Daher werden wir

- 1800 - die Kooperation mit Hamburg im Luftfahrtbereich fortsetzen,
- 1801 - die Luftverkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein - auch mithilfe privater Investoren
1802 - weiterentwickeln,
- 1803 - uns weiterhin für den Erhalt des Flughafens Lübeck als bedeutenden

- 1804 Regionalflughafen einsetzen und seine Weiterentwicklung begleiten,
1805 - sicherstellen, dass der Westerlander Flughafen eine wichtige Achse im Flugverkehr
1806 zwischen Sylt und dem bundesweiten Festland bleibt,
1807 - die Wirtschaft bei ihren Plänen unterstützen, den Flughafen in Holtenau zu stärken
1808 und eine langfristige Planungssicherheit zu erreichen. Sofern die Kreuzfahrt für den
1809 Standort Kiel weiter an Bedeutung gewinnt, steht die CDU Schleswig-Holstein einer
1810 möglichen Erweiterung des Flughafenbetriebs grundsätzlich offen gegenüber,
1811 - weiter für die Interessen der regionalen Verkehrslandeplätze eintreten.

1812

1813 *Moderner ÖPNV in Stadt und Land*

1814 Die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist ein entscheidendes Kriterium
1815 für die Wohnortwahl. Dies gilt insbesondere für eine alternde Gesellschaft. Der Erhalt der
1816 Mobilität wird zu einem Schlüssel für die Lebensfähigkeit ländlicher Räume. Das vorhandene
1817 statische System des Straßen-ÖPNV, welches sich insbesondere an Schülerverkehren
1818 orientiert, kann die erforderliche Mobilität allein auf Dauer nicht mehr gewährleisten. Es
1819 bedarf erheblicher Anpassungen und Ergänzungen der ÖPNV-Förderung.

1820 Wir werden daher

- 1821 - mit den steigenden Regionalisierungsmitteln die Qualität des regionalen wie
1822 überregionalen ÖPNV auch mit flexiblen Formen wie Ruf- oder Bürgerbusse sowie
1823 Sammel- und Ruftaxis steigern,
1824 - das Carsharingangebot weiter ausbauen. Die notwendigen Mittel für die Infrastruktur
1825 werden wir bereitstellen,
1826 - alternative Mobilitäts-Initiativen des ländlichen Raums unterstützen, indem wir ihnen
1827 eine qualifizierte Beratungs- und Organisationsstruktur zur Seite stellen, in der
1828 Aktivitäten vernetzt und Erfahrungen ausgetauscht werden können,
1829 - die Chancen der Digitalisierung für eine verbesserte Flexibilisierung nutzen,
1830 - den wachsenden Verkehren in Hamburg durch die konsequente Umsetzung des
1831 Achsenkonzeptes, den Ausbau der S21 und S4 sowie durch die Integration der AKN in
1832 das Hamburger Netz begegnen.

1833

1834 *Bürokratie zurückdrängen*

1835 Unter der aktuellen Landesregierung wurden stetig neue bürokratische Hürden und
1836 Belastungen für unsere mittelständische Wirtschaft aufgebaut. Beispiele sind das Tariftreue-
1837 und Vergabegesetz, das Landesmindestlohngesetz sowie das Korruptionsregistergesetz, die

1838 ein großes Misstrauen gegenüber der Wirtschaft zum Ausdruck bringen. Auch hinsichtlich
1839 der Reduzierung der unverhältnismäßigen Bürokratie beim gesetzlichen Mindestlohn hat die
1840 Landesregierung unsere Betriebe nicht unterstützt. Es gilt daher, neues Vertrauen
1841 aufzubauen und die Unternehmen zu entlasten.

1842 Wir werden

- 1843 - neue Initiativen mit dem Ziel besserer Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie
1844 für den Mittelstand im Lande auflegen,
- 1845 - eine „Clearingstelle Mittelstand und Bürokratieabbau“ im Wirtschaftsministerium
1846 einrichten,
- 1847 - das Tariftreue- und Vergabegesetz in das Mittelstandsförderungsgesetz überführen,
- 1848 - aktiv und konsequent Korruption und Schwarzarbeit bekämpfen, ohne dass
1849 Unternehmen bereits bei einem Verdacht an den Pranger gestellt werden,
- 1850 - die Vergabeverfahren modernisieren und die vorhandenen Wertgrenzen nicht
1851 reduzieren,
- 1852 - das Landesmindestlohngesetz aufheben und uns für Erleichterungen bei den
1853 Anforderungen zum gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.

1854

1855 *Duale Ausbildung sichert Fachkräfte von morgen*

1856 Zurzeit müssen wir in Schleswig-Holstein damit rechnen, dass im Jahr 2030 ca. 85.000
1857 Fachkräfte mit einem Berufsabschluss fehlen werden. Vor diesem Hintergrund ist die rot-
1858 grün-blaue Ausbildungsbilanz verheerend. Während die Wirtschaft händeringend nach
1859 Auszubildenden sucht, sind mehrere tausend Jugendliche ohne Lehrstelle perspektivlos. Die
1860 Konzepte der jetzigen Regierung haben nicht gegriffen.

1861 Politik, Schulen, Gewerkschaften und Wirtschaft müssen Ausbildungsplatznachfrage und
1862 Ausbildungsplatzangebot in Einklang bringen, um allen jungen Menschen eine Perspektive zu
1863 geben und um jetzt die Fachkräfte von morgen auszubilden. Wir werden die Qualität und
1864 Attraktivität der dualen Ausbildung wieder in den Vordergrund rücken.

1865 Die sozialdemokratische Schulpolitik suggeriert den Jugendlichen, dass eine
1866 vielversprechende Zukunft nur noch mit Abitur und Studium zu erreichen sei. Diesem
1867 Irrglauben werden wir Einhalt gebieten.

1868 Wir werden

- 1869 - die Berufsorientierung an den Schulen dahingehend verbessern, dass Ausbildung und
1870 Studium in der Berufsberatung gleichrangig behandelt werden. Nur eine umfassende
1871 Berufsberatung, die auch die Karrieremöglichkeiten innerhalb der dualen Ausbildung

- 1872 aufzeigt und deutlich macht, dass die Entscheidung für eine Ausbildung keine
1873 Einbahnstraße ist, hilft jungen Menschen, eine Bildungslaufbahn entsprechend ihren
1874 eigenen Fähigkeiten und Interessen zu finden,
- 1875 - dafür sorgen, dass angehenden Lehrerinnen und Lehrern ausreichend Kenntnisse über
1876 Ausbildungsberufe vermittelt werden,
 - 1877 - die Jugendberufsagenturen im Lande weiter ausbauen. Durch die regional verankerte
1878 Bündelung aller Beratungsangebote können die Jugendlichen am besten bei ihrer
1879 Berufsentscheidung unterstützt werden,
 - 1880 - parallel zu den Jugendberufsagenturen regionale Netzwerke zwischen Schulen,
1881 Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsagentur und Hochschulen einrichten, um die
1882 regionalen Bedarfe bestmöglich aufeinander abzustimmen,
 - 1883 - die bestehenden Förderprojekte des Landes, wie die Überbetriebliche
1884 Lehrlingsunterweisung (ÜLU), die regionalen Ausbildungsbetreuer und die regionale
1885 Fachberatung Schule – Betrieb aufrechterhalten,
 - 1886 - die von rot-grün-blau abgeschaffte Akquisition von Teilzeitausbildungsplätzen gerade
1887 vor dem Hintergrund von Vereinbarkeit und Beruf wiederaufnehmen,
 - 1888 - zusammen mit den Hochschulen und der Wirtschaft Ausbildung und Studium stärker
1889 miteinander verzahnen, damit die Übergänge in beide Richtungen fließend und ohne
1890 zeitliche Einbußen für die Jugendlichen sind,
 - 1891 - das Angebot an der „Assistierten Ausbildung“ in Abstimmung mit der Arbeitsagentur
1892 ausbauen, um Jugendliche gezielt auf die Ausbildung vorzubereiten und sie zu
1893 begleiten.

1894

1895 *Familienbewusstsein in der Arbeitswelt – Individualität und Mobilität stärken*

1896 Viele Beschäftigte wünschen sich im Hinblick auf ihre familiäre Situation (Kinderbetreuung,
1897 Pflege von Angehörigen, Gesundheit) mehr Souveränität bezüglich Dauer, Räumlichkeit und
1898 Verteilung ihrer Arbeitszeit. Wir müssen den Beschäftigten die Möglichkeit geben, zu
1899 entscheiden, in welcher Lebensphase das Private oder das Berufliche im Vordergrund steht.
1900 In den Unternehmen muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass Reduktion von Arbeitszeit
1901 aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege Angehöriger insbesondere auch bei Männern
1902 selbstverständlich und nicht karrierehinderlich ist.

1903 Wir werden

- 1904 - unsere Unternehmen dabei unterstützen, lebensphasenorientierte
1905 Arbeitszeitmodelle als Schlüssel für eine nachhaltige Nutzung des
1906 Fachkräftepotenzials einzuführen,

- 1907 - dafür Sorge tragen, dass sich Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege in
1908 Unternehmen in gleicher Weise an männliche wie weibliche Beschäftigte richtet,
1909 - als öffentlicher Arbeitgeber positiv vorangehen.

1910

1911 *Gute Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen*

1912 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs können wir nicht auf die
1913 Erfahrungen älterer Beschäftigter verzichten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die
1914 nach Erreichen der Regelarbeitszeit weiterarbeiten wollen, soll dies mit flexiblen,
1915 altersgerechten Arbeitszeitmodellen ermöglicht werden.

1916 Wir werden

- 1917 - uns für flexible Übergänge einsetzen und die Einführung der so genannten Flexi-Rente
1918 unterstützen, damit ältere Beschäftigte über die Regelarbeitszeit hinaus aktiv am
1919 Berufsleben teilhaben können.

1920

1921 *Gute Arbeit für gerechten Lohn*

1922 Gut und sicher arbeiten kann nur, wer auch von seinem Gehalt leben kann. Deshalb hat die
1923 Politik mit dem Bundesmindestlohn die Voraussetzungen geschaffen, dass die Menschen
1924 überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Ein rein ideologisches
1925 Landesmindestlohngesetz, wie von der SPD-geführten Landesregierung eingeführt, ist
1926 überflüssig. Zeitarbeit, Minijobs und Teilzeitbeschäftigung begrüßen wir solange, wie sie
1927 Beschäftigten den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen und Unternehmen die Chance
1928 bieten, flexibel auf Auftragslagen zu reagieren. Missbrauch werden wir gemeinsam mit der
1929 Wirtschaft verhindern.

1930 Wir werden

- 1931 - das Landesmindestlohngesetz und das Tariftreuegesetz der rot-grün-blauen
1932 Landesregierung abschaffen, um unsere Unternehmen von bürokratischen Aufwand
1933 zu befreien,
1934 - gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass der Bundesmindestlohn eingehalten wird und
1935 kein Missbrauch mit Minijobs, Zeitarbeit, Praktikantenjobs und
1936 Auszubildendengehältern betrieben wird.

1937

1938 *Wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum*

1939 Die Wirtschaft im ländlichen Raum ist facettenreich. Zwar spielt die Landwirtschaft für die
1940 Wertschöpfung im ländlichen Raum nach wie vor eine wichtige Rolle, andere Branchen wie

1941 die Energieerzeugung, der Tourismus oder Handel und Handwerk gewinnen zunehmend an
1942 Bedeutung.

1943 Den ländlichen Raum als Erholungs- und Naturschutzraum anzusehen, greift daher zu kurz.
1944 Vielmehr müssen ihm seiner vielfältigen Wirtschaftsstruktur entsprechend wirtschaftliche
1945 Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.

1946 Wir werden daher

- 1947 - allen Gemeinden unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten
- 1948 eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe
- 1949 ermöglichen,
- 1950 - die Kommunen durch Beratungsangebote des Landes beim Aufbau von
- 1951 interkommunalen Gewerbegebieten unterstützen,
- 1952 - den Glasfaserausbaubau konsequent und schneller vorantreiben.

1953

1954 *Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen ausbauen*

1955 Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 mindestens 1
1956 Mio. Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Wesentliche Voraussetzungen zur
1957 Erreichung dieses Zieles sind u.a. eine flächendeckende Ladeinfrastruktur sowie eine
1958 allgemeine Akzeptanz in der Gesellschaft. Daneben muss weiter an alternativen
1959 Antriebsformen (Wasserstoff) gearbeitet werden.

1960 Wir werden

- 1961 - den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur vorantreiben,
- 1962 - wir werden sicherstellen, dass in einem Umkreis von 30 Kilometern mindestens eine
- 1963 Ladestation in Schleswig-Holstein vorhanden sein wird,
- 1964 - sicherstellen, dass - wo technisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar - bei der
- 1965 Anschaffung landeseigener Fahrzeuge Elektrofahrzeugen der Vorrang gegeben wird.

1966

1967 *Energiewende zum Erfolg führen*

1968 Unser Ziel ist es, die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dabei geht es nicht darum, so
1969 schnell wie möglich so viel wie möglich Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen,
1970 sondern es geht um den Umbau des gesamten Energiesystems. Zugleich geht es auch darum,
1971 die Akzeptanz der Menschen für die Energiewende zu wahren.

1972 Deshalb wollen wir die Energiepolitik wieder stärker mit den Menschen, den Gemeinden und
1973 den Unternehmen gemeinsam voranbringen. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine
1974 nachhaltige, sichere und bezahlbare Energiepolitik auf Basis von erneuerbaren Energien ein.

1975 Schleswig-Holstein verfügt über viel Wind, Sonne und Biomasse und kann zu geringen Kosten
1976 klimafreundliche Energie erzeugen. Wir übernehmen damit eine große klimapolitische
1977 Verantwortung. Bereits in bisheriger Regierungsverantwortung hat die CDU das Ziel gesetzt,
1978 300 % des Strombedarfs in Schleswig-Holstein aus erneuerbaren Energien zu erzeugen – also
1979 rechnerisch eine Vollversorgung des eigenen Bedarfs und doppelt so viel für den deutschen
1980 Strommarkt. Damit ersetzen die erneuerbaren Energien die Energiemenge, die bisher in den
1981 abgeschalteten und abzuschaltenden Kernkraftwerken erzeugt wurde.

1982

1983 Die CDU Schleswig-Holstein wird die Abschaltung und den Rückbau der Kernkraftwerke im
1984 Land sowie die Lagerung der radioaktiven Abfälle umsetzen. Dies wird ein Prozess sein, der
1985 sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen wird. Hier setzen wir uns für eine europäische
1986 Lösung ein und werden verantwortungsvoll für nachfolgende Generationen den Prozess
1987 steuern und umsetzen.

1988 Die CDU Schleswig-Holstein ist der Überzeugung: Der Rückbau der schleswig-holsteinischen
1989 Kernkraftwerke kann nur mit der Bevölkerung in einem möglichst breit getragenen
1990 gesellschaftlichen Konsens gelingen. So werden wir die Suche nach regionalen
1991 Entsorgungslösungen für gering belastete Abfälle aus den Kernkraftwerken unterstützen,
1992 weil es nicht sinnvoll ist, diese Abfälle über große Distanzen zu transportieren.

1993 Hierzu wird eine CDU-geführte Landesregierung gemeinsam mit den Bürgern, den
1994 Kraftwerksbetreibern, den Vertretern der Entsorgungswirtschaft sowie den Kommunen ein
1995 tragfähiges Konzept erarbeitet.

1996

1997 *Energiepolitik für die Menschen in unserem Land*

1998 Voraussetzung für die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien als Leitenergie in
1999 Schleswig-Holstein ist jetzt eine stärker verlässliche und planmäßige Weiterführung der
2000 Energiewende in unserem Land. Dabei werden wir die Tradition der Bürgerbeteiligung
2001 konsequent nutzen und möglichst viele Menschen in den Städten und auf dem Land an den
2002 wirtschaftlichen Vorteilen der Energiewende teilhaben lassen und die Lasten begrenzen.
2003 Daher ist es wichtiger denn je, eine möglichst genaue Planung der dezentralen Anlagen
2004 vorzulegen und eine frühzeitige und umfassende Beteiligung in allen Regionen zu leisten.
2005 Dabei wollen wir die Menschen und die Kommunen gleichermaßen berücksichtigen.

2006

2007 *Energiepolitik ist Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik*

2008 Der positive Standortfaktor „erneuerbare Energie“ wird mit der CDU für den wirtschaftlichen
2009 und sozialen Wohlstand für unser Land genutzt. Gerade in Schleswig-Holstein kann die
2010 Wertschöpfung im Land mit neuen Geschäftsmodellen für Produkte und Dienstleistungen

2011 gesteigert werden. Hierfür stehen viele innovative kleine und mittlere Unternehmen mit
2012 hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Entwicklung des Hafens Brunsbüttel
2013 zu einem Umschlagplatz für Flüssiggas (LNG) fügt sich hier ein und ist ein wichtiger
2014 industriepolitischer Anker der Energiepolitik in unserem Land. Perspektivisch kann hier auch
2015 Wasserstoff aus erneuerbarer Produktion umgeschlagen werden.

2016 Wir werden

- 2017 - die gesamte Energiebranche mit einem umfassenden Programm „Energiewirtschaft im
2018 Wandel“ dabei unterstützen, auch in Zukunft die Versorgungssicherheit im Land zu
2019 gewährleisten,
- 2020 - dafür sorgen, dass bestehende und ansiedlungsinteressierte Unternehmen
2021 maßgeschneiderte Energieangebote aus Schleswig-Holstein erhalten,
- 2022 - Energie- und Industriepolitik verzahnen,
- 2023 - eine Ansiedlungsoffensive starten, um neue Unternehmen ins Land zu holen, die einen
2024 großen Energiebedarf haben,
- 2025 - zusammen mit den stark praxisorientierten Hochschulen in Heide, Flensburg und Kiel
2026 und den in unserer Region ansässigen Herstellern sowie Unternehmen im Bereich der
2027 besonders qualifizierten Aus- und Weiterbildung neue Chancen nutzen um weitere
2028 Wachstumsthemen erschließen,
- 2029 - damit neue Arbeitsplätze schaffen.

2030

2031 *Sichere und intelligente vernetzte Energieversorgung*

2032 Erneuerbare Energien müssen Schritt für Schritt mehr Verantwortung für die
2033 Versorgungssicherheit und für das Gesamtsystem übernehmen. Damit das gelingt, müssen
2034 erneuerbare Energien wie ein Kraftwerk funktionieren und die vielen dezentralen Anlagen
2035 mit modernen IT-Lösungen zusammengeschaltet werden.

2036 Mit digital vernetzten Energieversorgungslösungen will die CDU Schleswig-Holstein
2037 bundesweit einen neuen Standard setzen. Dazu sollen Erzeugung und Verbrauch intelligent
2038 gekoppelt werden. Schleswig-holsteinische Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und
2039 Mitarbeiter haben das Potenzial, unser Land zum führenden Energie- und IT-Standort
2040 weiterzuentwickeln. Das wollen wir unterstützen.

2041 So kann immer mehr der in unserem Land erzeugten erneuerbaren Energie auch vor Ort
2042 genutzt werden. Konventionelle Kraftwerke haben dabei immer mehr die Aufgabe, die
2043 Energieproduktion der erneuerbaren Energieanlagen zu ergänzen. Hierzu eignen sich
2044 besonders gut dezentrale und kleinere gasbetriebene Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung,
2045 z.B. Blockheizkraftwerke. Wo vorhanden, soll industrielle Abwärme noch stärker als Ersatz für

2046 CO₂-belastete Wärmeerzeugung eingesetzt werden.

2047 Die CDU Schleswig-Holstein will eine Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien
2048 erreichen:

- 2049 - Windenergie an Land und auf See und Solarenergie bilden die Basis der
2050 Energieerzeugung
- 2051 - dezentrale gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (BHKW) sowie Speicher
2052 sorgen dafür, dass auch in den Stunden ohne Wind und Sonne Energie verfügbar ist
- 2053 - die Energieversorgung wird intelligent über modernste Informationstechnologien (IT)
2054 gesteuert
- 2055 - private und gewerbliche Verbraucher (z.B. Heizungsanlagen, Kühlhäuser,
2056 Produktionsanlagen) sind Teil der Energieversorgung
- 2057 - der Kreislauf der Energieversorgung stützt sich auf ein intelligentes Netz (smart grid).

2058

2059 *Netzausbau beschleunigen*

2060 Schleswig-Holstein ist Vorreiter beim Netzausbau, mit gemeinschaftlichem Vorgehen sind
2061 wir weit gekommen. Jetzt muss der Netzausbau auch bundesweit endlich beschleunigt
2062 werden. Der Netzausbau ist für Schleswig-Holstein als Transitland von großer Bedeutung,
2063 denn die anderen Bundesländer und die europäischen Nachbarstaaten müssen die Lasten der
2064 Energiewende stärker mittragen als in der Vergangenheit.

2065 Wir werden

- 2066 - gemeinsam mit allen Beteiligten den Netzausbau im Land weiter voranbringen,
- 2067 - die Offshore-Windparks einbeziehen,
- 2068 - mit den anderen Bundesländern Initiativen zur Netzausbaubeschleunigung
2069 vereinbaren,
- 2070 - uns dafür stark machen, dass die überdurchschnittliche Belastung mit Netzentgelten
2071 in Schleswig-Holstein beendet wird.

2072

2073 *Lokale Versorgung mit erneuerbaren Energien ermöglichen*

2074 Parallel zum notwendigen Netzausbau ist es zwingend erforderlich, viel größere Anteile der
2075 in unserem Land erzeugten erneuerbaren Energie vor Ort oder in der Region zu verbrauchen
2076 und damit Energietransporte zu vermeiden. Wichtig ist die lokale Belieferung in den
2077 Bereichen Strom, Wärme, Mobilität und auch der Industrie. Diese Lösungen können mit
2078 intelligenten Technologien so umgesetzt werden, dass die Energiekosten begrenzt werden.

2079 Wir werden

- 2080 - ein schlüssiges und umsetzbares Konzept für die umfassende Nutzung erneuerbarer
- 2081 Energie in allen Energiesektoren (Strom, Wärme, Mobilität) sowie für die Wirtschaft
- 2082 erarbeiten,
- 2083 - die Verringerung konventioneller Heizenergie durch erneuerbare Energie
- 2084 unterstützen.

2085

2086 *Transparenter und planbarer Ausbau der erneuerbaren Energien*

2087 Die erneuerbaren Energien werden in den nächsten Jahrzehnten die Hauptlast der

2088 Energieerzeugung übernehmen. Schleswig-Holstein muss hier die Standortvorteile durch den

2089 Rohstoff Sonne und Wind in wirtschaftliche Vorteile wandeln, ohne dabei die Belastungen für

2090 die Menschen sowie die Natur aus dem Blick zu verlieren. Es geht hier auch um eine

2091 effizientere erneuerbare Energieerzeugung.

2092

2093 *Windenergie*

2094 Windenergie ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor in Schleswig-Holstein. Das wollen wir

2095 sichern. Windenergie ist außerdem die preiswerteste erneuerbare Energie, und Schleswig-

2096 Holstein hat hier besonders große Standortvorteile, die wir nutzen wollen. Wir gehen davon

2097 aus, dass für die angestrebte Strommenge aus erneuerbaren Energien ca. 2% der Landfläche

2098 für Windkraft benötigt werden.

2099 Wir werden

- 2100 - im Rahmen der Zielstellung für die erneuerbare Energiemenge und auf Basis eines
- 2101 klaren Kriterienkatalogs eine effiziente Landnutzung vorsehen,
- 2102 - dort, wo es möglich ist, Bestandsflächen heranziehen, um die Belastung für die Bürger
- 2103 möglichst gering zu halten und vorhandene Netzinfrastruktur nicht zu entwerten,
- 2104 - Gemeinden und Kreise bei der Ausweisung der Windflächen einbeziehen, um der
- 2105 Entwicklung der Windenergie eine gute Basis vor Ort zu geben,
- 2106 - zu Wohnsiedlungen höhere Abstände bei höheren Windkraftanlagen vorsehen bis zu
- 2107 1.200 Metern bei geschlossenen Siedlungen,
- 2108 - Schleswig-Holstein stärker als bisher gegenüber unseren Nachbar-Bundesländern und
- 2109 Dänemark als Standort für Offshore-nahe Branchen positionieren und den
- 2110 vorhandenen Unternehmen helfen sich national und international zu vermarkten.

2111

2112 *Solarenergie*

2113 Die Potenziale der Solarenergie werden in Schleswig-Holstein bislang nicht ausreichend
2114 genutzt. Nicht nur in ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten bestehen sehr große
2115 Möglichkeiten, aus Solarenergie sowohl Strom als auch Wärme zu gewinnen. Die immer
2116 preisgünstiger werdenden Speicher erleichtern die Solarstromnutzung auch in Zeiten ohne
2117 Sonnenschein.

2118 Wir werden

- 2119 - die Menschen in den größeren Gemeinden und Städten stärker an den Vorteilen der
- 2120 Energiewende teilhaben lassen und ein Aktionsprogramm für Solarenergie in
- 2121 Schleswig-Holstein starten,
- 2122 - dabei mit allen Beteiligten (Kommunen Wohnungsbaugesellschaften und
- 2123 Immobilieneigentümer, das Handwerk und das Baugewerbe) eng zusammen arbeiten.

2124

2125 *Biomasse*

2126 Biomasseherstellung und -nutzung ist in Schleswig-Holstein ein stabiler Faktor der
2127 Energieversorgung. Biomasse dient der Verstetigung der erneuerbaren Energieversorgung
2128 und kann dem Energiesystem gleichzeitig viel Flexibilität bereitstellen. Biomasse produziert
2129 neben Strom auch Wärme, die in vielen Dörfern bereits als Nahwärme genutzt wird.

2130 Wir werden

- 2131 - die Potenziale der Biomasse für den flexiblen Einsatz und für die
- 2132 Nahwärmeversorgung stärken.

2133

2134 *Saubere Mobilität in der Stadt und auf dem Land*

2135 Elektromobilität wird in wenigen Jahren aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sein.
2136 Für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein ist es besonders wichtig, dass Elektrofahrzeuge
2137 sich in der Praxis bewähren und alltagstauglich sind.

2138 Wir werden

- 2139 - für eine leistungsfähige Infrastruktur an Elektrotankstellen und Auflademöglichkeiten
- 2140 sorgen,
- 2141 - zur Komfortsteigerung auch die Informationsmöglichkeiten zur E-
- 2142 Tankstelleninfrastruktur und deren Verfügbarkeit verbessern,
- 2143 - die Digitalisierung als Chancen für buchbare Ladezeiten nutzen.

2144

2145 Autos, Busse, Fähren und Bahnen werden zukünftig mit Brennstoffzellentechnik
2146 dazukommen.

2147 Wir werden

2148 - insbesondere mit dem Handwerk, dem Tourismusgewerbe und der erneuerbaren
2149 Branche innovative Konzepte entwickeln, um Elektromobilität praktisch
2150 voranzubringen.

2151 - neben einer verstärkten Nutzung von Strom in diesen beiden Bereichen auch
2152 Innovationen im Bereich der LNG-Nutzung im Schwerlastverkehr oder des verstärkten
2153 Einsatzes von Wasserstoff unterstützen.

2154

2155 *Erneuerbare Wärme*

2156 Es wird doppelt so viel Energie für Wärme wie für Elektrizität verbraucht. Deshalb darf die
2157 Energiewende nicht nur eine Stromwende bleiben, sondern muss auch die Wärmeversorgung
2158 in Gebäuden und Unternehmen einbeziehen. In Schleswig-Holstein geht es darum, praktisch
2159 umsetzbare und bezahlbare Möglichkeiten der Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien
2160 zu finden.

2161

2162 Wir werden

- 2163 - uns dafür einsetzen, im Gebäudebestand erneuerbare Energien in bestehende
- 2164 Heizungssysteme zu integrieren, also beispielsweise in einer bestehenden Öl- oder
- 2165 Gasheizung in den Zeiten mit hoher Windenergie das Wasser elektrisch zu erwärmen,
- 2166 - Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz unterstützen und hier bei
- 2167 öffentlichen Gebäuden vorangehen.

2168

2169 *Erneuerbare Energien berechenbar machen*

2170 Für die CDU Schleswig-Holstein hat Versorgungssicherheit höchste Priorität. Wir wollen,
2171 dass ein möglichst großer Teil des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien beliefert
2172 wird.

2173 Wir werden

- 2174 - eine Innovationsoffensive einleiten, damit erneuerbare Energieunternehmen einen
- 2175 stetig wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung
- 2176 tatsächlich sicher liefern können,
- 2177 - in Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass die erneuerbare Energie systemfähig ist und
- 2178 Versorgungssicherheit gewährleisten kann.

2179

2180 *Energieeffizienz und Energiebewusstsein*

2181 Die Energiewende soll auch den Ausstoß klimaschädlicher Gase verringern. Neben der
2182 Steigerung der regenerativen Erzeugungsquote unterstützt die CDU Schleswig-Holstein alle
2183 Bemühungen, den Energieverbrauch zu reduzieren. Hierzu gehören auch mehr Informations-
2184 und Beratungsangebote für Verbraucher, die ihren CO₂-Fußabdruck verbessern wollen.

2185 Wir werden

- 2186 - vorhandene Einrichtungen wie dem Schleswig-Holstein Energieeffizienz-Zentrum
- 2187 (sheff-Z) in Neumünster zu einem höheren Bekanntheitsgrad und einer verstärkten
- 2188 Nutzung verhelfen,
- 2189 - bürgernahe Initiativen wie Energiespar-/ Thermografiergänge vor Ort
- 2190 unterstützen, gute Energie-Einsparideen im Land schneller zu verbreiten,
- 2191 - einen bewussten Umgang mit Energie stärker in den Schulen und
- 2192 Bildungseinrichtungen verankern,
- 2193 - im Bereich der Gebäude die Kommunen unterstützen, zum Beispiel um bereits bei der
- 2194 Bauleitplanung die Voraussetzungen für energieeffiziente Gebäude und
- 2195 Siedlungsstrukturen zu schaffen.

2196

2197 *Bildung und Innovation*

2198 Schulen und Hochschulen tragen eine große Verantwortung dafür, Begeisterung für neue
2199 Technologien zu wecken und auf hohem Niveau theoretisches und praktisches Wissen zu
2200 vermitteln. Ziel ist es, in Schleswig-Holstein ein hohes Maß an Wissen und Know-how für IT
2201 und Energie zu erreichen und so die Chancen der Digitalisierung im Energiesektor optimal zu
2202 nutzen.

2203 Wir werden

- 2204 - gemeinsam mit Unternehmen und Bildungseinrichtungen, eine Innovationsoffensive
2205 für den Bildungsbereich durchführen,
- 2206 - die Hochschulen darin unterstützen, neue Forschungsinitiativen im Energiesektor zu
2207 entwickeln z. B. bei Speichertechnologien.

2208

2209 TOURISMUS

2210 *Rahmenbedingungen verbessern*

2211 Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Tourismus für die neue Förderperiode der
2212 Europäischen Union ab 2021 wieder ein Schwerpunkt der Förderung wird. Wir werden den
2213 Tourismus als Querschnittsaufgabe begreifen und entsprechend aufwerten, damit eine
2214 Förderung touristischer Vorhaben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
2215 (EFRE) nicht mehr nur auf Grund der inhaltlichen Ausrichtung des operationellen Programms
2216 möglich ist.

2217 Wir werden

- 2218 - die Marketingstrategie des Landes fortsetzen und mit begleitenden Instrumenten
2219 inhaltlich unterlegen,
- 2220 - an der bestehenden Bäderregelung festhalten, die im Einvernehmen mit den Kirchen
2221 und den wesentlichen touristischen Akteuren gefunden wurde,
- 2222 - die Potentiale der Tourismuswirtschaft im ländlichen Raum ausschöpfen und neue
2223 Gästegruppen gewinnen. Deshalb werden wir die Tourismusstrategie 2025 der
2224 Landesregierung noch stärker auf die Bedürfnisse des Binnenlandtourismus
2225 ausrichten und das Projekt „Naturerlebnis zwischen den Meeren“ fördern,
- 2226 - den Städte- und Kreuzfahrt-Tourismus weiter ausbauen.

2227

2228 *Barrierefreiheit*

2229 Wir werden den barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein stärken, indem wir

- 2230 - die Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Unternehmens-
2231 und Tourismusverbänden verstärken, um eine Leitlinie für barrierefreien Tourismus,
2232 insbesondere für die Vernetzung der Angebote in Schleswig-Holstein, entwickeln und
2233 konkrete Umsetzungsschritte festlegen,
- 2234 - darauf hinwirken, dass Wirtschaft, öffentlicher Personenfern- und Nahverkehr und die
2235 gesamte Tourismusbranche im Land für Barrierefreiheit sensibilisiert werden,
- 2236 - Barrierefreiheit als ein Förderkriterium in künftige Programme aufnehmen,
- 2237 - weiterhin die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und
2238 Dienstleistungen unterstützen, wegweisende Modellprojekte auf Landesebene
2239 fördern und diese bundesweit bekannt machen,
- 2240 - sich mit den anderen Bundesländern für die Schaffung einer einheitlichen, bundesweit
2241 gültigen Definition und daraus resultierenden Kriterien für barrierefreien Tourismus
2242 einsetzen.

2243

2244 *Sommerferienkorridor*

2245 Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Sommerferienkorridor ab 2025 die möglichen 90
2246 Tage voll ausschöpft.

2247

2248 *Tourismusagentur Schleswig-Holstein*

2249 Die CDU wird darauf achten, dass die Unabhängigkeit der regionalen
2250 Tourismusorganisationen auch nach der aus Gründen eines verschärften europäischen
2251 Beihilferechts erfolgten Umwandlung der Tourismusagentur Schleswig-Holstein in eine
2252 Landesgesellschaft weiterhin erhalten bleibt. Wir werden die TASH finanziell stärker
2253 unterstützen.

2254 Wir werden dem Ausbau und der Anbindung der schleswig-holsteinischen Häfen über land-
2255 und seeseitige Zufahrten weiterhin eine hohe Priorität einzuräumen und dabei auch die
2256 Belange der Kreuzfahrt- und Fährtouristen berücksichtigt.

2257

2258

2259 **Kapitel 5 | Miteinander Leben**

2260 Menschen fühlen sich nur dann sicher, wenn der Zusammenhalt in der Gesellschaft gut ist
2261 und ein gutes Miteinander herrscht. Damit dies gelingt, wollen wir auch gute

2262 Rahmenbedingungen schaffen, die die Kultur in unserem Land stärken, die zur Übernahme
2263 von Verantwortung im Ehrenamt ermutigen und die den Sport mit seiner hohen
2264 gesellschaftspolitischen Bedeutung wieder angemessen stärkt.

2265

2266 KULTUR

2267 *Gedenkkultur, Museen und Archive stärken*

2268 Die Vielfalt an Museen, Archiven und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein gehört zum
2269 bildungspolitischen Fundament und historischen Gedächtnis unserer Gesellschaft.

2270 Wir werden

- 2271 - die bestehenden Museen unterstützen und insbesondere Kooperationen von Museen
2272 durch unsere Förderpolitik voranbringen,
- 2273 - die Museen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen weiterentwickeln,
2274 u.a. durch den Aufbau des Volkskundemuseums in Molfsee und die weitere
2275 Modernisierung von Schloss Gottorf,
- 2276 - in Zusammenhang mit einem bestehenden Museum ein „Haus der Geschichte“ für
2277 eine dauerhafte Darstellung der Landesgeschichte projektieren,
- 2278 - die bestehenden Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen der
2279 Nationalsozialisten weiter unterstützen und fördern,
- 2280 - die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup als authentischen Ort der deutsch-
2281 deutschen Teilung in die Förderung aufnehmen,
- 2282 - die Arbeit des Landesarchivs und in Zusammenarbeit mit den Kommunen die
2283 kommunalen Archive zum einen durch zusätzliche Förderungen zum Erhalt von
2284 Altbeständen und zum anderen durch die Bereitstellung einer angemessenen
2285 technischen Infrastruktur unterstützen.

2286

2287 *Theater- und Konzertangebote für das ganze Land*

2288 Schleswig-Holstein verfügt mit den beiden großen Stadttheatern in Kiel und Lübeck sowie
2289 dem Landestheater und den Eutiner Festspielen über ein kulturell und wirtschaftlich gutes
2290 Theaterangebot in der Fläche. Dazu kommen weitere herausragende private Theater.

2291

2292 Wir werden

- 2293 - das System der Mischfinanzierung der Stadttheater Kiel und Lübeck sowie des
2294 Landestheaters aus Mitteln des Finanzausgleichs und der jeweiligen Kommunen
2295 erhalten,
- 2296 - die weitere Zusammenarbeit zwischen den Theatern unterstützen und fördern,
2297 - uns insbesondere dafür einsetzen, dass auch das junge Publikum verstärkt
2298 angesprochen wird,
- 2299 - die freien Theater weiterhin fördern,
- 2300 - uns gemeinsam mit den Kommunen dafür einsetzen, dass die Konzertstandorte Kiel
2301 und Lübeck erhalten bleiben und sicherstellen, dass die Veranstaltungsstätten Kieler
2302 Schloss und Musik- und Kongresshalle Lübeck ihre Funktionalität zurückerhalten,
- 2303 - auch für die kommenden Jahre die notwendige Planungssicherheit für das Schleswig-
2304 Holstein Musik Festival gewährleisten.

2305

2306 *Kulturelle Kinder- und Jugendbildung*

2307 Das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an die Vielfalt kultureller Angebote ist eine
2308 wichtige Aufgabe, die sowohl von Seiten der Kulturschaffenden, als auch insbesondere von
2309 Seiten der Kindergärten und Schulen vorangetrieben werden muss.

2310 Wir werden

- 2311 - auf ministerieller Ebene die Zuständigkeiten für die Verbesserung der Kooperation
2312 von Kindergärten, Schulen und Kulturangeboten optimieren,
- 2313 - zur besseren Koordinierung zwischen Kultureinrichtungen und Bildungseinrichtungen
2314 für jeden Kreis/jede kreisfreie Stadt „Kreis-/Stadtfachberater Kultur“ einführen. Dafür
2315 werden wir Stundenkontingente für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen,
- 2316 - durch entsprechende Stundenkontingente an den Schulen den Kunst- und
2317 Musikunterricht als Kreativfächer stärken,
- 2318 - die Leseförderung ausbauen, indem wir die Bibliotheken flächendeckend stärken und
2319 gemeinsam mit den Kommunen die Finanzierung des „Büchereivereins Schleswig-
2320 Holstein“ über den Finanzausgleich fortsetzen. Auch werden das Literaturhaus
2321 Schleswig-Holstein weiter fördern,
- 2322 - Landeswettbewerbe wie „Jugend musiziert“ weiter unterstützen,
- 2323 - eine engere Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen mit den Musikschulen
2324 ermöglichen.

2325

2326 *Förderpolitik in der Kultur*

2327 Die Kulturarbeit in Schleswig-Holstein wird neben den großen staatlichen und kommunalen
2328 kulturellen Einrichtungen in erster Linie von vielen ehrenamtlich durchgeführten Angeboten
2329 geprägt.

2330 Wir werden

- 2331 - gezielt die institutionelle Förderung von Kultureinrichtungen stärken, um die
2332 Verlässlichkeit für die ehrenamtlich Tätigen zu verbessern,
- 2333 - durch Kontraktförderung eine längerfristige Sicherheit und notwendige Flexibilität für
2334 Kulturangebote schaffen,
- 2335 - Anreizsysteme für wirtschaftliches Handeln (auch für das Sammeln privater
2336 Finanzmittel) ausbauen. Der Aufbau von Rücklagen für einen nachhaltigen Betrieb
2337 muss möglich sein,
- 2338 - über die Investitionsbank einen Liquiditätsfonds einrichten, der den Start bereits
2339 genehmigter Projekte frühzeitiger ermöglicht,
- 2340 - einen Ansprechpartner für Kulturschaffende einrichten, der bei der Akquise von
2341 öffentlichen Fördermitteln auf Bundes- und Europaebene unterstützt,
- 2342 - neue Projekte daraufhin betrachten, inwieweit bereits ähnliche Angebote bestehen
2343 und ggf. Kooperationen anstoßen.

2344

2345 *Kultur zwischen Tradition und Integration*

2346 Schleswig-Holstein ist geprägt durch eine kulturelle Vielfalt auch hinsichtlich der
2347 verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Nach dem 2. Weltkrieg gelang mit der Integration der
2348 Vertriebenen aus dem deutschen Osten ein gesellschaftliches Großprojekt. Auch aktuell
2349 bringen viele Migranten und Flüchtlinge ihre kulturellen Hintergründe mit in unser Land.
2350 Hier gilt es auf Basis unseren kulturellen Grundlagen gemeinsame Fundamente zu bilden, die
2351 auf dem gegenseitigen Kennenlernen und Akzeptieren basieren.

2352 Wir werden

- 2353 - die erfolgreiche gemeinsame Kulturarbeit mit der Friesische Volksgruppe sowie der
2354 friesischen und dänischen Minderheit fortsetzen,
- 2355 - die Volkshochschulen stärken, um insbesondere die Sprachbarrieren für Migranten zu
2356 senken,
- 2357 - Flüchtlingen frühzeitig den Zugang zu Kulturangeboten ermöglichen und sie für
2358 ehrenamtliche Mitarbeit gewinnen,

- 2359 - gemeinsam mit den Kommunen kulturelle Angebote für Migranten weiterentwickeln,
2360 - dem Thema Flucht und Vertreibung eine größere Rolle in den Lehrplänen beimessen.

2361

2362 *Kultur ist ein Wissenschafts- und Wirtschaftsfaktor*

2363 Die vielfältige kulturelle Arbeit in Schleswig-Holstein ist auch ein bedeutender
2364 Wirtschaftsfaktor, der deutlich über das rein kulturelle hinausgeht. Attraktive kulturelle
2365 Angebote sind auch für Unternehmen bei der Suche nach Arbeitskräften relevant. Der gerade
2366 in unserem Land äußerst bedeutsame Tourismus setzt ebenfalls auf vielfältige kulturelle
2367 Angebote.

2368 Mit der Muthesius Kunsthochschule in Kiel und der Musikhochschule in Lübeck verfügt unser
2369 Land über zwei herausragende Hochschulen mit speziellem kulturellen Hintergrund.

2370 Wir werden

- 2371 - durch geeignete Förderprogramme Künstler und Betriebe der Kreativwirtschaft
2372 unterstützen,
2373 - die Muthesius Kunsthochschule in Kiel und die Musikhochschule in Lübeck im Rahmen
2374 unserer Wissenschaftsförderung stärken,
2375 - die Kunst- und Kulturschaffenden untereinander besser vernetzen und dafür eine
2376 geeignete Plattform schaffen,
2377 - gemeinsam mit den Kommunen dafür wirken, dass Absolventen der Hochschulen, z.B.
2378 durch das Anbieten attraktiver Räumlichkeiten für ihre künstlerischen Tätigkeiten, im
2379 Land gehalten werden können,
2380 - den Kulturtourismus fördern, indem wir Kulturangebote verstärkt mit touristischen
2381 Angeboten unter Einbeziehung der TASH zusammenbringen und verbessern.

2382

2383 **EHRENAMT**

2384 *Zugänglich, überschaubar, anerkannt: Ehrenamt in Schleswig-Holstein*

2385 Ohne freiwilliges Engagement kann eine Gesellschaft nicht funktionieren. Ehrenamt braucht
2386 Anerkennung, übersichtliche Strukturen und muss mit dem Berufsleben und der Ausbildung
2387 vereinbar sein. Wir setzen daher auf ein ganzheitliches Konzept zur Stärkung des Ehrenamts,
2388 indem wir

- 2389 - die bestehende Ehrenamts-Karte in ein weit angelegtes payback-System überführen,
2390 das auch private Unternehmen einschließt,
2391 - die Freistellungsverordnung nicht nur auf die Betreuung von Kinder- und
2392 Jugendfreizeiten beschränken, sondern auch für anderen Formen des Ehrenamts

- 2393 zugänglich machen. Dies muss eng mit den Wirtschaftsverbänden abgestimmt
2394 werden,
- 2395 - eine Ehrenamts-App entwickeln und einführen, die unter anderem Angebot und
2396 Nachfrage unter Berücksichtigung von Zeitkontingenten, Fähigkeiten und anderen
2397 relevanten Gegebenheiten koordinieren kann,
 - 2398 - die personelle Ausstattung auf Landesseite bereitstellen, um die Vernetzung von
2399 Anbahnung, Durchführung und Anerkennung von Ehrenamt zu koordinieren.

2400

2401 *Minderheitenpolitik*

2402 Eine Minderheitenpolitik, die auf gegenseitigem Vertrauen basiert, dient dem Wohl des
2403 gesamten Landes – Minderheit und Mehrheit gleichermaßen. Unsere Minderheiten in
2404 Schleswig-Holstein und die Minderheiten in Dänemark haben in den vergangenen
2405 Jahrzehnten viel für das gegenseitige Verständnis erreicht. Dies findet bundesweit, aber auch
2406 international Beachtung und Anerkennung.

2407 Die Minderheiten der Dänen, der deutschen Sinti und Roma und die Volksgruppe der Friesen
2408 sind unverzichtbarer Bestandteil unseres Landes und haben es mit geprägt. Neben der
2409 dänischen Sprache gehören Friesisch und Niederdeutsch zur Sprachenvielfalt Schleswig-
2410 Holsteins.

2411 Allen Minderheiten und Volksgruppen Schleswig-Holsteins gehört unsere Unterstützung in
2412 ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren und zu leben.

2413 Deshalb werden wir

- 2414 - das Erlernen der Minderheitensprachen und des Niederdeutschen in unseren
2415 Kindergärten und Schulen weiter fördern,
- 2416 - wie bereits mit der deutschen Minderheit in Dänemark, auch mit dem Friesenrat und
2417 dem Landesverband der deutschen Sinti und Roma Vereinbarungen treffen, die eine
2418 stärkere institutionelle Förderung ermöglichen,
- 2419 - die Förderung des Nordfriisk Instituut als zentrale wissenschaftliche Einrichtung in
2420 Nordfriesland für die Pflege, Förderung und Erforschung der friesischen Sprache,
2421 Geschichte und Kultur durch eine neue Ziel- und Leistungsvereinbarung sicherstellen,
- 2422 - uns dafür einsetzen, dass Friesisch und Niederdeutsch in den öffentlich-rechtlichen
2423 Medien stärker wahrnehmbar werden,
- 2424 - die jetzige Finanzierung des dänischen Schulvereins beibehalten.

2425

2426 *Sport*

2427 Die CDU wird der Förderung des Sports in ihrer Regierungsverantwortung mehr Gewicht
2428 beimessen. Wir wollen den Sport mit seiner Vielfalt stärker fördern, um damit seinen Wert für
2429 die Gesundheits- und Gesellschaftspolitik weiter zu erhalten.

2430 Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient nicht nur der Gesundheitsförderung,
2431 sondern vermittelt insbesondere auch jungen Menschen wichtige Werte wie Toleranz und
2432 Fairness.

2433 Deshalb werden wir

- 2434 - den organisierten Sport stärker fördern und die im Landeshaushalt festgeschriebene
2435 Förderung des Landessportverbandes und seiner ihm angehörenden Mitgliedsvereine
2436 und -verbände aus Lotto-Toto-Mitteln in Höhe von zurzeit 7,2 Millionen Euro auf
2437 mindestens 10 Millionen Euro anheben. Die zusätzlichen Fördermittel finanzieren wir
2438 unter anderem aus unserem Sportwettenlotteriegesetz,
- 2439 - den enormen Sanierungsstau bei den Sportstätten und Schwimmbädern auflösen. Wir
2440 wollen aus unserem Programm "Sanierungsoffensive Sportstätten" mindestens vier
2441 Millionen Euro jährlich hälftig, d.h. 50 Prozent Förderung der Kosten durch das Land,
2442 über zehn Jahre lang in die Grundinstandsetzung, Sanierung und bei Bedarf auch in
2443 den Neu- und Umbau von kommunalen Sportanlagen investieren. Gemeinsam mit den
2444 Kommunen kommen somit 80 Millionen Euro insbesondere dem Breitensport zu Gute,
- 2445 - gemeinsam mit den Verbänden und Vereinen sowie den Kommunen werden wir einen
2446 "Masterplan" entwickeln, um den Übungs- und Wettkampfbetrieb bedarfsgerecht
2447 anzupassen. Hierfür werden wir entsprechende Fördermittel in einem Programm im
2448 Rahmen der "Sanierungsoffensive Sportstätten" zur Verfügung stellen,
- 2449 - vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einem veränderten Freizeit-
2450 und Bewegungsverhalten eine überregionale Sportentwicklungsplanung realisieren,
- 2451 - mehr Sport und Bewegung für Kinder ermöglichen. Dazu wollen wir langfristig für alle
2452 Schularten eine tägliche Sport- und Bewegungsstunde einführen und flächendeckend
2453 realisieren. Hier ergibt sich ein breites Feld für eine intensive Kooperation zwischen
2454 den Schulen und den Vereinen, die wir in Schleswig-Holstein noch stärker ausbauen
2455 wollen,
- 2456 - ein Netzwerk „Gesundheitsförderung und -prävention“ einrichten, in dem die
2457 Sportverbände und Sportvereine neue Kooperationen und Betätigungsfelder mit
2458 Krankenkassen, Firmen, Schulen oder Kindergärten abschließen können,
- 2459 - die Zusammenarbeit von Schulen und Sportverbänden hinsichtlich der Talentsuche
2460 und -förderung verbessern. Dazu wollen wir in Schleswig-Holstein ein Projekt
2461 auflegen, welches künftig die Talentsichtung und -förderung verbessert und das

2462 System der Partnerschulen des Leistungssports ausbaut.

2463

2464 *Kirche*

2465 Kirchliche Einrichtungen erfüllen genau wie andere gemeinnützige oder nicht-kirchliche
2466 Organisationen Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge in Form von Kindergärten,
2467 Kindertagesstätten, Krankenhäusern etc..

2468 Wir wollen daher sicherstellen, dass die staatliche Unterstützung kirchlicher Einrichtungen
2469 auf aktuellem Niveau bestehen bleibt. Der Staatsverträge mit der Nordkirche, dem Heiligen
2470 Stuhl und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein haben sich
2471 bewährt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine vergleichbare Vereinbarung mit
2472 Vertragsgehalt mit den muslimischen Vertretungen zustande kommen kann.

2473 Der konfessionsgebundene Religionsunterricht an Schulen trägt unserer Meinung nach auf
2474 eine Weise zur Entwicklung eines religiösen Bewusstseins bei, die ein konfessionell
2475 gemischter oder konfessionsunabhängiger Religionsunterricht nicht leisten kann. Wir wollen
2476 den konfessionsgebundenen Religionsunterricht an Schulen daher erhalten.

2477 Wir setzen uns für einen konfessionsgebundenen muslimischen Religionsunterricht unter
2478 staatlicher Aufsicht in deutscher Sprache ein.

2479 Sonn- und Feiertage sind elementare Bestandteile der christlichen Kultur und stehen mit den
2480 entsprechenden branchenspezifischen Ausnahmen unter Schutz. Wir befürworten diesen
2481 Sonn- und Feiertagsschutz und wollen ihn in aktueller Form beibehalten.

2482

2483 *Medien*

2484 Eine unabhängige Medienlandschaft in Schleswig-Holstein ist ein Grundpfeiler der
2485 Demokratie. Wir wollen diese Unabhängigkeit und die Vielfalt der Berichterstattung durch
2486 eine veränderte digitalisierte Medienlandschaft erhalten.

2487 Feststellbar ist, dass in den Redaktionen immer mehr qualifiziertes Personal abgebaut wird
2488 und sich die Tiefe und Art der Berichterstattung und die Themenauswahl verändert. Der Teil
2489 der lokalisierten und regionalisierten Berichterstattung nimmt tendenziell ab. Die
2490 Tageszeitungen, die vor allem die politische Berichterstattung aus den Gremien vor Ort seit
2491 Jahrzehnten gewährleisten, verlieren immer mehr an Auflage.

2492

2493 Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Deshalb wollen wir

- 2494 - in Zusammenarbeit mit der FH Kiel eine wissenschaftliche Aufarbeitung vornehmen,
2495 die Möglichkeiten aufzeigt, wie der qualifizierte Lokaljournalismus gestärkt werden
2496 kann, ohne in die Pressefreiheit einzugreifen. Dabei können auch – nach intensiver
2497 Prüfung, ob wirtschaftliche Aspekte zur Veränderung der Medienlandschaft führen -
2498 auch die Modelle der Errichtung einer Stiftung und das skandinavische Modell der
2499 Subvention von Lokaljournalismus auf ihre Anwendbarkeit für Schleswig-Holstein
2500 analysiert werden.,
- 2501 - den Zugang zu Lokalberichterstattung auch über das Bewegtbild (Fernsehen bzw.
2502 Internet) sicherstellen. Die ist prioritär die Aufgabe des Norddeutschen Rundfunks.
2503 Wir bekennen uns zu den Aufgaben des NDR und zur Arbeit seiner Gremien. Wir
2504 setzen uns dafür ein, dass regionale Fernsehprogramme in der Sendepplatzvergabe im
2505 digitalen Kabel prioritär behandelt werden,
- 2506 - den nichtkommerziellen Lokal-Hörfunk stärken und hierfür entsprechende
2507 bedarfsorientierte Fördermittel im Haushalt bereitstellen,
- 2508 - die Medienkompetenzförderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen stärken
2509 durch ein landesweites Programm mit den bildungsrelevanten Organisation und
2510 Institutionen.